

Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)

gegründet 1897

Hauptstelle:

Solinger Str. 51 - 59
40764 Langenfeld

Telefon: (02173) 909-0
Telefax: (02173) 909-409
Internet: www.sparkasse-langenfeld.de
e-mail: info@sparkasse-langenfeld.de

Finanzdienste:

Solinger Str. 59

Filialen:

Hauptstr. 43
Hans-Litterscheid-Platz 5
Bienenweg 2

Hardt 81
(Selbstbedienungsstandort)

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld/Rhld. ist als Anstalt des öffentlichen Rechts im Handelsregister A unter Nr. 16338 beim Amtsgericht Düsseldorf eingetragen. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin/Bonn angeschlossen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Langenfeld.

Inhalt

Lagebericht

1	Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld	5
2	Wirtschaftsbericht	
	2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	5
	2.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung	8
	2.3 Darstellung und Analyse der Lage	10
	2.4 Personal- und Sozialbereich	13
3	Nachtragsbericht	13
4	Chancen- und Risikobericht	
	4.1 Beschreibung des Risikomanagements	14
	4.2 Wesentliche Risikokategorien	16
	4.3 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage	28
5	Prognosebericht	30
	Jahresabschluss - Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung	33
	Anhang	37
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	52
	Bericht des Verwaltungsrates	53

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Langenfeld.

Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. angeschlossen.

Wesentliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist neben den für alle Kreditinstitute geltenden Gesetzen und Verordnungen das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Gemäß § 2 SpkG NW (Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag) hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Mit modernen Mitteln führt die Stadt-Sparkasse Langenfeld den traditionellen Gedanken der Sparkassen in die Zukunft. Ihre Geschäftspolitik ist darauf ausgerichtet, als selbständige Sparkasse die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit, regulatorischen Anforderungen sowie Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit zu halten. Als Allfinanzunternehmen bietet die Sparkasse ein breit gefächertes Angebot im Zahlungsverkehr, im Finanzierungsbereich und bei Geldanlagen an. Der Vertrieb von Verbundprodukten aus den Bereichen Investmentfonds, Bausparen, Sach- und Personenversicherungen sowie Leasing ergänzt das Produktportfolio, um den Kunden ganzheitliche Lösungen bereitstellen zu können. Neben dem Vertrieb in den Geschäftsstellen stehen unseren Kunden auch die in unserem $\hat{=}$ Finanz Center untergebrachten Geschäftsbereiche $\hat{=}$ Immobilien, $\hat{=}$ Vermögensberatung und $\hat{=}$ Versicherungen sowie darüber hinaus der eigene Internetauftritt zur Verfügung. Die Nähe zu unseren Kunden definiert sich zum einen durch unser umfangreiches stationäres Vertriebsnetz, zum anderen durch die zunehmende Kontaktaufnahme und -pflege über alternative, teilweise mobile oder auch virtuelle Kanäle. Der Kern der Sparkassentätigkeit liegt mehr denn je in der qualifizierten Beratung und dem Verkauf sowohl einfacher als auch erklärungsbedürftiger Bankprodukte. Das Geschäftsmodell der Stadt-Sparkasse Langenfeld beinhaltet eine „Bürgerdividende“ in Form von Spenden- und Sponsoringmaßnahmen sowie die Dotierung einer selbständigen Sparkassenstiftung, die den Langenfelder Vereinen, Institutionen und Bürgern zugutekommt.

Die Sparkasse gehört als Mitglied im Stützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an. Zum 3. Juli 2015 ist in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft getreten, das eine entsprechende EU-Richtlinie umsetzt. Das seit den 1970er-Jahren bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe wurde nach diesen gesetzlichen Vorgaben neu ausgerichtet und ist als Einlagensicherungssystem nach § 43 EinSiG amtlich anerkannt. Das System besteht aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen: den elf Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wichtigstes Ziel des Sicherungssystems bleibt die Institutssicherung – die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Diese Erstsicherung der Sparkassen-Finanzgruppe geht deutlich über die gesetzlichen Mindestvorgaben hinaus und bietet ihren Kunden ein Höchstmaß an Sicherheit. Auf diese Weise soll ein Einlagensicherungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden. Zusätzlich zur freiwilligen Institutssicherung gewährleistet die Sparkassen-Finanzgruppe auch die gesetzlichen Anforderungen an die Einlegerentschädigung. In der gesetzlichen Einlagensicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu 100.000 Euro. Dafür maßgeblich ist das EinSiG.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

In einem nach wie vor schwierigen weltwirtschaftlichen und politischen Umfeld setzte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2015 ihren soliden Wachstumskurs fort. Die konjunkturelle Entwicklung war durch einen moderaten und gleichförmigen Aufwärtstrend gekennzeichnet. Im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal legte das Bruttoinlandsprodukt in preis-, saison- und kalenderbereinigter Rechnung in den

ersten beiden Quartalen 2015 um jeweils 0,4 % und in den letzten beiden Quartalen um jeweils 0,3 % zu, womit die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung in der zweiten Jahreshälfte etwas schwächer als im ersten Halbjahr ausfiel. Für das gesamte Jahr 2015 ergab sich daraus ein durchschnittlicher Anstieg von 1,7 % (kalenderbereinigt + 1,4 %). Das Wirtschaftswachstum 2015 lag damit in der Größenordnung des Vorjahres (+ 1,6 %) und wieder über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (+ 1,3 %).

Als zentraler Wachstumstreiber erwies sich erneut die Binnennachfrage. Der private Konsum expandierte angesichts eines steigenden Beschäftigungsniveaus, stark wachsender Reallöhne und der Kaufkraftgewinne aufgrund niedriger Ölpreise. Zudem bewirkten steigende staatliche Transfers und Zuwächse der staatlichen Konsumausgaben einen kräftigen Anstieg der Staatsausgaben. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,9 %, der Konsum des Staates war sogar um 2,4 % höher als im Jahr zuvor. Trotz dieser Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor – bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen – in 2015 zum zweiten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Im Zuge der günstigen Entwicklung von Binnenkonjunktur und Arbeitsmarkt sorgten Steuern und Sozialbeiträge für steigende Staatseinnahmen. Bei den Ausgaben erhöhten sich die monetären Sozialleistungen kräftig, vor allem aufgrund des im Juni 2014 verabschiedeten Rentenpakets und in Folge der starken Flüchtlingszuwanderung in der zweiten Jahreshälfte 2015. Gleichzeitig reduzierten sich die staatlichen Zinszahlungen deutlich.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in 2015 mit im Jahresdurchschnitt mehr als 43 Millionen Menschen einen neuen Höchststand. Zudem fiel der Rückgang der Arbeitslosigkeit stärker aus als in den drei Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt waren rund 2,8 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, der niedrigste Stand seit 1991.

Nach starkem Jahresbeginn gingen die Investitionen der Unternehmen im Jahresverlauf wieder spürbar zurück. Hierfür dürften u. a. unklare weltwirtschaftliche Perspektiven verantwortlich gewesen sein. Die Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise, insbesondere die Krise in Griechenland, aber auch die schwächere wirtschaftliche Entwicklung in wichtigen Schwellenländern haben die Investitionsbereitschaft gedämpft. Somit konnten die Bruttoanlageinvestitionen den dynamischen Zuwachs des Vorjahres in 2015 nicht wiederholen, wurden jedoch erneut um 2,2 % gesteigert. Der kräftige Anstieg bei den Ausrüstungsinvestitionen um 4,8 % resultierte vorrangig aus einer Zunahme im ersten Quartal. Die angesichts der lebhaften Wohnungsbautätigkeit überraschend enttäuschende Entwicklung der Bauinvestitionen, die in 2015 lediglich um 0,3 % ausgeweitet wurden, war auf entsprechende Rückgänge im gewerblichen und öffentlichen Bau zurückzuführen.

Der deutsche Außenhandel gewann 2015 weiter an Dynamik. Die deutschen Exporte legten mit einem Plus von preisbereinigt 5,4 % kräftig zu – gestützt durch den rückläufigen Euro-Wechselkurs und die damit gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft. Gleichzeitig bewirkte die hohe Binnennachfrage aber auch einen starken Anstieg der Importe um preisbereinigt 5,8 %. Dementsprechend leistete der daraus resultierende Außenbeitrag mit + 0,2 %-Punkten nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in 2015.

Die asynchrone Geldpolitik der führenden Notenbanken war im vergangenen Jahr ein wichtiges Thema an den Kapital- und Währungsmärkten. Während die US-amerikanische Notenbank (Fed) im Dezember 2015 mit der ersten Leitzinserhöhung seit neun Jahren ihre geldpolitische Krisenpolitik beendete, hielt die EZB in 2015 unbeirrt an ihrem umstrittenen Kurs fest und lockerte weiter ihre Geldpolitik durch verschiedene Maßnahmenpakete. Damit sich die Inflationsrate im Euro-Raum schneller der vom EZB-Rat festgelegten Definition von Preisstabilität – einem Niveau von unter, aber nahe 2 % – annähert, wurde im Januar 2015 ein Programm beschlossen, das den bis September 2016 befristeten Ankauf von privaten, aber vor allem staatlichen Anleihen im Umfang von monatlich 60 Mrd. Euro vorsieht. Bereits im Dezember 2015 wurde dieses Programm um weitere sechs Monate bis mindestens März 2017 verlängert. Das gesamte Ankaufvolumen umfasst damit rund 1.500 Mrd. Euro. Gleichzeitig beschloss der EZB-Rat, den Zinssatz für die Einlagefazilität um weitere 10 Basispunkte auf - 0,30 % zu senken. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden unverändert bei 0,05 % bzw. 0,30 % belassen. Mit diesen Entscheidungen wurden die Erwartungen über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der expansiven Geldpolitik im Euro-Raum sukzessive weiter in die Zukunft verschoben.

Mit Inkrafttreten des BRRD-Umsetzungsgesetzes (BRRD: Bank Recovery and Resolution Directive) zum 1. Januar 2015 wurde die Antragsfrist für neue Maßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) um ein weiteres Jahr und damit letztmalig bis Ende 2015 verlängert. Der SoFFin wurde im Oktober 2008 als Sondervermögen des Bundes mit Ziel der Stabilisierung des Finanzmarktes errichtet und von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet, die auch für die Erhebung der Bankenabgabe zum Restrukturierungsfonds zuständig ist. Dieser wurde im Jahr 2011 mit Inkrafttreten des Restrukturierungsgesetzes zur Vermeidung bzw. Bewältigung von Banken Krisen errichtet und finanziert sich durch die Beiträge der Kreditwirtschaft. Im Jahr 2015 erfolgte die Erhebung der Bankenabgabe erstmals nach europäischen Vorgaben und belief sich auf rund 1,58 Mrd. Euro. Damit lagen die Einnahmen deutlich höher als im Vorjahr (2014: rund 516 Mio. Euro). Auf die Sparkassen entfiel in 2015 eine Bankenabgabe in Höhe von 113 Mio. Euro. Seit Januar 2015 hat die FMSA zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben die Funktion der nationalen Abwicklungsbehörde in Deutschland übernommen. Übergeordnetes Ziel ist es, den Steuerzahler bei künftigen Bankenschiefen nicht zu belasten und auch große Banken abwicklungsfähig zu machen. Aufgabe der FMSA ist es, für die deutschen Banken individuelle Abwicklungspläne zu erstellen und gegebenenfalls die Beseitigung von Abwicklungshindernissen anzuordnen.

Mit Beginn des Jahres 2015 hat der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) seine vorbereitenden Arbeiten aufgenommen. Ab Januar 2016 soll er als weiteres Element des Gesamtprojekts Bankenunion, ergänzend zum einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM), die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten im Euro-Raum verantworten. Kernstück des institutionellen Rahmens des SRM ist die Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsgremiums (Single Resolution Board: SRB). An den Einsatz des SRM ist außerdem der Aufbau eines gemeinsamen, durch Abgaben der Banken gespeisten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund: SRF) gekoppelt.

Das Niedrigzinsumfeld beeinflusste auch im vergangenen Jahr nachhaltig die Ertragslage im deutschen Bankensystem, die schon seit längerem durch strukturelle Faktoren geschwächt wird. Sinkende Zinsmargen sowie eingeschränkte Möglichkeiten der Fristentransformation durch eine flache Zinsstrukturkurve setzen insbesondere kleine und mittlere Banken unter Druck. Die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Ertragslage und die Stabilität des Bankensystems sind bislang jedoch begrenzt. Die Widerstandsfähigkeit der Institute hat in den vergangenen Jahren zugenommen, da die Banken ihre Eigenkapitalausstattung verbessert und ihren Verschuldungsgrad reduziert haben. Allerdings sind die Zinsänderungsrisiken der Banken gestiegen, wodurch die Anfälligkeit gegenüber einem abrupten Anstieg der kurzfristigen Zinsen zugenommen hat. Die Stabilität des deutschen Bankensystems ist eng mit der Widerstandsfähigkeit der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in ihrer Gesamtheit verknüpft. Bislang sind auch hier die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds kaum spürbar. Einen Rückgang der Zinsspanne konnten die Institute größtenteils durch eine Ausweitung der Kreditvergabe kompensieren. Zudem stützte die Änderung der Kundeneinlagen hin zu niedriger verzinsten Sichteinlagen das Zinsergebnis. Da zugleich die Laufzeiten im Kreditgeschäft ausgeweitet wurden, nahmen auch hier die Zinsänderungsrisiken zu. Der Baseler Zinskoeffizient, der dieses Risiko abbildet, ist bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Ein fortdauerndes Niedrigzinsumfeld in Verbindung mit der strukturellen Ertragschwäche birgt mittelfristig erhebliche Risiken für das gesamte Bankensystem. Die Institute stehen daher vor der Aufgabe, ihre Kosten weiter zu senken und ihre Zinsrisiken zu reduzieren sowie den Eigenkapitalaufbau und die Rückführung des Verschuldungsgrades weiter voranzutreiben.

Die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben in 2015 unter rund 1.500 kleineren und mittelgroßen deutschen Kreditinstituten eine Umfrage zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit im Niedrigzinsumfeld durchgeführt. Die Institute waren aufgefordert, neben ihren eigenen Planszenarien auch die Wirkung von verschiedenen hypothetischen Szenarien auf ihre Bilanzen und ihre Gewinn- und Verlustrechnungen bis zum Jahr 2019 zu simulieren. Die Umfrage zeigte, dass die anhaltend niedrigen Zinsen die deutschen Kreditinstitute in allen abgefragten Szenarien deutlich belasten. Diese rechneten im Aggregat mit einem Gewinnrückgang vor Steuern von rund 25 % – und das trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie geplanter Kostensenkungen. Bei zwei der vorgegebenen Zinsszenarien erwarteten die Institute im Aggregat sogar Einbußen von mehr als 50 % bzw. 75 %. Deutsche Bundesbank und BaFin empfahlen den befragten Instituten, geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Allerdings zeigte die Umfrage auch, dass anhaltend niedrige Zinsen keine unlösbare Herausforderung für die deutschen Banken darstellen. Die meisten Institute sind angesichts des vorhandenen Überschusskapitals und verfügbarer stiller Reserven widerstandsfähig gegenüber den Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld.

2.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

	2015 in TEUR	2014 in TEUR	Veränderungen in TEUR	Veränderungen in %
Bilanzsumme	1.328.062	1.337.593	- 9.531	- 0,71
Geschäftsvolumen	1.356.140	1.373.879	- 17.739	- 1,29
Jahresüberschuss nach Steuern	3.474	3.328	146	4,39

	2015 in TEUR	2014 in TEUR	Veränderungen in TEUR	Veränderungen in %
Kundenkreditvolumen (inkl. Treuhandkredite und Eventualverbindlichkeiten)	1.088.377	1.081.774	6.603	0,61
Wertpapierbestände	174.914	219.547	- 44.633	- 20,33
Beteiligungen	19.163	19.251	- 88	- 0,46
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	260.411	315.424	- 55.013	- 17,44
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	908.525	865.515	43.010	4,97
Verbriefte Verbindlichkeiten	376	849	- 473	- 55,71
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.367	13.020	- 8.653	- 66,46
Fonds für allgemeine Bankrisiken	55.383	46.726	8.657	18,53
Rücklagen	82.950	79.475	3.475	4,37

(Abweichungen bei den Veränderungen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

2.2.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Vor dem Hintergrund eines nach wie vor herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds blickt die Stadt-Sparkasse Langenfeld auf ein solides Geschäftsjahr zurück. Auch im abgelaufenen Jahr konnte das Ziel der langfristigen Stärkung des Eigenkapitals weiter erfolgreich umgesetzt werden. Insgesamt betrachtet sind wir mit der Geschäftsentwicklung im Jahr 2015 zufrieden. Nach dem kontinuierlichen Anstieg der Bilanzsumme bis zum Jahr 2012 und den Rückgängen in den Vorjahren sank diese in 2015 erneut leicht um 9.531 TEUR (- 0,71 %) auf 1.328.062 TEUR. Das Geschäftsvolumen – bestehend aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten – gab um 17.739 TEUR (- 1,29 %) auf 1.356.140 TEUR nach.

2.2.2 Kundenkreditgeschäft

Das bilanzwirksame Kundenkreditvolumen stieg nach dem Rückgang im Vorjahr um 6.603 TEUR (+ 0,61 %) auf 1.088.377 TEUR. Die mit 167.568 TEUR erneut hohen Tilgungsrückflüsse (+ 7.710 TEUR) konnten durch das Neuausleihungsvolumen komplett aufgefangen werden.

Das gewerbliche Kreditgeschäft bildete auch im Jahr 2015 den Schwerpunkt unserer kreditwirtschaftlichen Aktivitäten. Unsere Position als Hauptfinanzierer des Langenfelder Mittelstandes konnten wir weiter stabilisieren. Dabei stand die Stärkung der Kundenbindung im Mittelpunkt. Wie erwartet, blieb die Investitionsneigung in der lokalen Wirtschaft jedoch auch im abgelaufenen Jahr eher zurückhaltend.

Eine weitere wichtige Säule unseres Kreditgeschäfts stellte die private Finanzierung von Wohnimmobilien dar. Langenfeld ist wegen seiner attraktiven Lage und der guten Verkehrsanbindung in die umliegenden Großstädte ein beliebter Wohnstandort mit aktiver Wohnungsbautätigkeit. Auch im vergangenen Jahr haben wir von dieser Situation mit einem erfreulichen Anstieg in dieser Sparte profitiert. Die attraktiven Zinsen haben zusätzlich dazu beigetragen, dass im Bereich der privaten Baufinanzierung das Neuausleihungsvolumen mit 51.180 TEUR um 38,50 % höher lag als im Vorjahr. Insgesamt war bei den Darlehen gegen Grundpfandrechte ein Zuwachs in Höhe von 18.773 TEUR (+ 3,09 %) auf 626.784 TEUR zu verzeichnen.

2.2.3 Beteiligungen

Im Beteiligungsportfolio gab es im Berichtsjahr Ab- und Zuschreibungen bei einzelnen Beteiligungen in Höhe von 40 TEUR per Saldo. Eine Beteiligung (22 TEUR) wurde verkauft, bei einer Position wurde eine Kapitalherabsetzung in Höhe von 26 TEUR durchgeführt.

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz unserer Sparkasse verringerte sich dadurch um 88 TEUR auf 19.163 TEUR.

2.2.4 Eigenanlagen

Da es weiterhin an attraktiven Anlagealternativen fehlte, ist die Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wie im Vorjahr zurückgegangen. Ihr Buchwert sank um 18.333 TEUR (- 11,95 %) auf 135.075 TEUR. Der Buchwert der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sank um 26.300 TEUR (- 39,76 %) auf 39.839 TEUR. Hauptgrund für den Rückgang war die Rückgabe eines Spezialfonds. Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist in zwei Anleihen von Schuldnern aus Spanien mit einem Nominalvolumen von insgesamt 6.400 TEUR, in fünf Anleihen von Schuldnern aus Italien mit einem Nominalvolumen von insgesamt 9.250 TEUR und in einer Anleihe eines Schuldners aus Portugal mit einem Nominalvolumen von 3.000 TEUR engagiert. Bis auf ein spanisches Wertpapier notierten alle Anleihen per 31.12.2015 über pari.

2.2.5 Einlagengeschäft

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Kundeneinlagen (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) erneut an, auf 913.268 TEUR (+ 3,85 %). Vor dem Hintergrund des dauerhaft niedrigen Zinsniveaus setzte sich auf der Passivseite erwartungsgemäß die strukturelle Verlagerung von längerfristigen zu kurzfristig verfügbaren Anlageformen fort.

Die Summe der Spareinlagen erhöhte sich insgesamt betrachtet um 4.764 TEUR (+ 1,41 %) auf 342.255 TEUR. Die Entwicklung der einzelnen Sparformen verlief nicht einheitlich.

Die Normalspareinlagen (ohne besondere Laufzeitvereinbarung) stiegen um 31.368 TEUR (+ 20,69 %) auf 182.984 TEUR. Demgegenüber sank der Zuwachssparbestand um 19.323 TEUR (- 23,79 %) auf 61.892 TEUR.

Auch die Festzinsspareinlagen (Anlagedauer sechs oder zwölf Monate) gaben deutlich um 9.196 TEUR (- 16,28 %) auf 47.297 TEUR nach.

Bei den Sparkassenbriefen (ohne Nachrang) setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Ihr Bestand ging um weitere 15.511 TEUR (- 10,63 %) auf 130.413 TEUR zurück.

Der Bestand der täglich fälligen Einlagen betrug stichtagsbedingt 370.161 TEUR und war damit 57.771 TEUR (+ 18,49 %) höher als im Vorjahr. Die Termineinlagen sanken um 4.014 TEUR (- 5,76 %) auf 65.697 TEUR.

Im Jahr 2015 haben wir unseren Kunden insgesamt 8.489 TEUR Zinsen vergütet.

2.2.6 Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 8.900 TEUR (+ 40,14 %) auf 31.075 TEUR. Diese Ausweitung beruhte in erster Linie auf dem Erwerb eines Schuldscheindarlelehens von einem Kreditinstitut in Höhe von 10.000 TEUR.

Aufgrund des geringeren Refinanzierungsbedarfs haben wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgeführt, in 2015 um 55.013 TEUR (- 17,44 %) auf 260.411 TEUR.

2.2.7 Rating

Die Ratingagentur Fitch Ratings hat der Stadt-Sparkasse Langenfeld ihr im Jahr 2010 erteiltes Floor-Rating in Höhe von A+ für langfristige Verbindlichkeiten sowie von F1+ für kurzfristige Verbindlichkeiten im Jahr 2015 erneut bestätigt.

Die Ratingagentur Dominion Bond Rating Service (DBRS) hat unserem Haus als Mitglied des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe im Oktober 2015 ein Floor-Rating für langfristige und kurzfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten und Einlagen von A / R-1 (low) erteilt.

2.3 Darstellung und Analyse der Lage

2.3.1 Ertragslage

	2015	2014	2015	2014
	in TEUR		in % der DBS	
Zinsüberschuss (GuV 1 – 3)	+ 30.052	+ 26.315	2,21	1,91
Provisionsüberschuss (GuV 5 – 6)	+ 7.862	+ 8.547	0,58	0,62
Sonstige betriebliche Erträge (GuV 8)	+ 859	+ 515	0,06	0,04
Bruttoertrag (GuV 1 – 9)	+ 38.773	+ 35.378	2,85	2,56
Personalaufwand (GuV 10a)	- 12.713	- 12.612	0,93	0,91
Anderer Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	- 6.138	- 6.103	0,45	0,44
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen (GuV 11)	- 865	- 904	0,06	0,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV 12)	- 1.268	- 978	0,09	0,07
Betrieblicher Aufwand (GuV 10 – 12)	- 20.984	- 20.597	1,54	1,49
Betriebsergebnis vor Bewertung (GuV 1 – 12)	+ 17.789	+ 14.781	1,31	1,07
Saldo aus Abschreibungen, Zuschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere (GuV 13 – 14)	- 1.586	- 4.063	0,12	0,29
Saldo aus Abschreibungen, Zuschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens (GuV 15 – 16)	+ 469	0	0,03	0,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme (GuV 17)	- 15	- 22	0,00	0,00
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	- 8.657	- 3.646	0,64	0,26
Außerordentliches Ergebnis (GuV 22)	- 96	- 96	0,01	0,01
Steuern (GuV 23 – 24)	- 4.430	- 3.625	0,33	0,26
Jahresüberschuss (GuV 25)	+ 3.474	+ 3.328	0,26	0,24

(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Die Entwicklung der Ertragslage war im Geschäftsjahr 2015 sehr zufriedenstellend. Entgegen unserer Prognose lag das erwirtschaftete Betriebsergebnis vor Bewertung mit 17.789 TEUR über dem Wert des Vorjahres (2014: 14.781 TEUR) und damit bei 1,31 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS).

Der Zinsüberschuss einschließlich der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen stieg im Vergleich zu 2014 um 3.737 TEUR (+ 14,20 %) auf 30.052 TEUR. Insbesondere der Zinsaufwand war im Berichtsjahr aufgrund der weiter sinkenden Zinsen stark rückläufig. Zudem wurden hoch verzinsliche institutionelle Refinanzierungen fällig und konnten durch günstigere ersetzt werden. Der Rückgang des Zinsertrages im Vergleich zum Vorjahr konnte

durch eine hohe Ausschüttung auf eine Beteiligung abgedeckt werden. Das Zinsgeschäft stellte nach wie vor die bedeutendste Ertragsquelle dar. Nach dem Rückgang der Vorjahre stieg die Zinsspanne um 0,30 %-Punkte auf 2,21 % der Durchschnittsbilanzsumme.

Erwartungsgemäß ging das Provisionsergebnis im letzten Jahr zurück und lag mit 7.862 TEUR um 685 TEUR unter dem Wert des Vorjahres. Dies resultiert unter anderem aus dem Rückgang der Einmalprovisionen im Kreditgeschäft sowie der geringeren Nachfrage nach Versicherungsprodukten. Die Relation von Provisionsüberschuss zu Zinsüberschuss (GuV 1 und 2) betrug 29,65 % (Vorjahr: 35,73 %).

Der betriebliche Aufwand stieg leicht um 387 TEUR auf 20.984 TEUR. In erster Linie führte ein hoher Renovierungsaufwand bei einem Immobilienobjekt (Rettungserwerb) zu diesem Anstieg.

Nach der leichten Steigerung in 2014 konnte der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft im abgelaufenen Jahr entgegen unserer Prognose deutlich verringert werden. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft sank um 4.309 TEUR auf 3.477 TEUR. Durch Kursgewinne aus dem Abgang von Wertpapieren und Zuschreibungen bei den Eigenanlagen konnte ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in Höhe von 291 TEUR erzielt werden.

Die sogenannte Cost-Income-Ratio (CIR), das Verhältnis von Kosten zu Ertrag, hat sich im Berichtsjahr verbessert. Sie betrug 52,57 % (Vorjahr: 57,03 %) und war damit auch in 2015 deutlich günstiger als der Durchschnittswert vergleichbarer Sparkassen und das in der € -Finanzgruppe formulierte strategische Ziel einer CIR von 60 %.

Unter Einbeziehung der außerordentlichen Positionen stieg das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 951 TEUR auf 7.904 TEUR.

Der Steueraufwand lag bei 4.430 TEUR, nach 3.625 TEUR im Vorjahr.

Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss von 3.474 TEUR (Vorjahr: 3.328 TEUR). Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 0,262 %.

2.3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute wurden stets erfüllt. Die nach der Liquiditätsverordnung zum Jahresende errechnete Liquiditätskennzahl von 2,03 (Vorjahr: 2,32) lag erneut deutlich über der aufsichtsrechtlichen Untergrenze von 1,00. Die anrechenbaren Zahlungsmittel sowie die anrechenbaren Zahlungsverpflichtungen waren im Berichtsjahr rückläufig, wobei die anrechenbaren Zahlungsmittel einen stärkeren Rückgang verzeichneten. Dies lag in erster Linie am sinkenden Wertpapierbestand (festverzinsliche Wertpapiere und Investmentanteile), welcher von insgesamt 199.687 TEUR in 2014 auf 160.826 TEUR im Berichtsjahr zurückging. Zudem verringerten sich die Forderungen an Kunden von 90.899 TEUR in 2014 auf 50.377 TEUR im Jahr 2015. Bei den im ersten Laufzeitband anrechenbaren Zahlungsverpflichtungen sanken insbesondere die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit gegenüber Kreditinstituten sowie gegenüber Kunden von 5.030 TEUR in 2014 auf 44 TEUR bzw. von 52.261 TEUR in 2014 auf 26.830 TEUR im Berichtsjahr. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben werden, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Helaba wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im Berichtsjahr nicht genutzt.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden bei der Deutschen Bundesbank Guthaben in der erforderlichen Höhe unterhalten.

2.3.3 Vermögenslage

Durch die von Seiten des Vorstands vorgesehene Zuführung des Bilanzgewinns wird sich die Sicherheitsrücklage voraussichtlich auf 82.950 TEUR erhöhen (+ 4,37 %). Über die Verwendung des Jahresüberschusses hat die Vertretung des Trägers noch nicht beschlossen. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weitere umfangreiche Eigenkapitalbestandteile. Die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zum Gesamtforderungsbetrag für Adressenrisiken, das operationelle Risiko und die Marktpreisrisiken überschritt per 31.12.2015 mit 13,80 % (Vorjahr: 13,60 %) den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,00 %. Die Eigenkapitalanforderungen der CRR i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV wurden jederzeit eingehalten.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat die Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital quantitativ sowie qualitativ deutlich erhöht. Hauptzielsetzung ist es, die Qualität und damit insbesondere die Dauerhaftigkeit und Verlustteilnahmefunktion des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu stärken. Die neuen Regelungen sind ab dem 01.01.2014 in Kraft getreten.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine langfristige Kapitalplanung bis in das Jahr 2021 erstellt, welche die Annahmen zur Entwicklung der Risikoaktiva sowie der Aufwands- und Ertragskomponenten und die daraus resultierende Entwicklung des Eigenkapitals wiedergibt. Die erhöhten Eigenkapitalanforderungen wurden in diese Planung einbezogen.

Für die langfristige Kapitalplanung wurden drei Szenarien entworfen, welche zum einen den geplanten (Basisszenario), zum anderen einen positiven (Best-Case-Szenario) sowie einen negativen Verlauf (Bad-Case-Szenario) der Geschäftsentwicklung darstellen. Die Ausgangsdaten der Planung sind bei allen Szenarien jeweils die Prognose- bzw. Planwerte.

Im Basisszenario ist ab dem Jahr 2016 eine sinkende Zinsspanne geplant. Trotzdem ist eine weitere Stärkung des Kernkapitals vorgesehen. Bei leicht sinkender Bilanzsumme werden die einzelnen Aufwands- und Ertragskomponenten zum Planungshorizont hin moderat steigen. Bei der Bewertung der Kreditpositionen ist nach einem Rückgang in 2016 eine Entwicklung in Anlehnung an die Entwicklung der Bilanzsumme geplant. Die Bewertung der Wertpapierpositionen wird ab dem Geschäftsjahr 2017 neutral geplant, da sich bei einer dauernden Halteabsicht die Zu- und Abschreibungen über den gesamten Planungshorizont ausgleichen werden. Bei den Risikoaktiva wird ab dem folgenden Geschäftsjahr analog der Bilanzsumme mit einem leichten Rückgang über den Planungszeitraum gerechnet. Die erhöhten qualitativen Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital wurden u. a. über sukzessiv abschmelzende Ergänzungskapitalbestandteile abgebildet. Ab dem Jahr 2016 ist zusätzlich ein Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 0,625 % mit hartem Kernkapital zu unterlegen. Dieser Puffer steigt in den Folgejahren sukzessiv auf 2,50 % im Jahr 2019 an. Auch unter diesen Voraussetzungen werden die Eigenkapitalanforderungen im Basisszenario stets eingehalten.

Das Best-Case-Szenario ist eng an das Basisszenario angelehnt, stellt jedoch in einigen Positionen eine positivere Geschäftsentwicklung dar. So wird der Zinsüberschuss ab dem Jahr 2017 für die Folgejahre fortgeschrieben. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird deutlich moderater geplant und das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft fällt ab 2017 positiv aus. Der Personalaufwand unterliegt in diesem Szenario keiner konstanten Steigerung, sondern wird gesondert berechnet. Der Sachaufwand bleibt ab 2016 konstant. Die Entwicklung der Durchschnittsbilanzsumme, der übrigen Aufwands- und Ertragspositionen sowie der Risikoaktiva entsprechen den Annahmen im Basisszenario.

Im Bad-Case-Szenario wird ab dem folgenden Geschäftsjahr eine stärkere Steigerung der Aufwandskomponenten und ein deutlich höheres Bewertungsergebnis Kreditgeschäft als im Basisszenario geplant. Zudem wird mit einem negativen Wertpapier- sowie sonstigem Bewertungsergebnis über den gesamten Planungszeitraum gerechnet. Gleichzeitig werden ein deutlicher Rückgang der Zinsspanne und eine Stagnation der weiteren Ertragspositionen ab dem Jahr 2016 angenommen. Eine Zuführung zum Kernkapital ist unter diesen negativen Annahmen nur teilweise gegeben. Die erhöhten Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital werden analog dem Basisszenario abgebildet, wobei eine kontinuierliche Steigerung der Eigenkapitalanforderungen angenommen wird. Zudem wird zu dem Kapitalerhaltungspuffer der Ansatz des ebenfalls aufzubauenden antizyklischen Puffers ab 2017 simuliert. Die Ergebnisse zeigen in diesem Szenario in keinem Jahr eine Unterschreitung der maximalen Gesamtanforderungen an die Eigenmittel.

Innerhalb der Bilanzstruktur hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bis auf die Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (2,34 % zu 1,66 % in 2014 bzw. 79,84 % zu 78,16 % in 2014) und Wertpapierbestände (13,17 % zu 16,41 % in 2014) keine nennenswerte Veränderung auf der Aktivseite ergeben. Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 68,41 % (Vorjahr: 64,71 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Banken mit 19,61 % (Vorjahr: 23,58 %) die bedeutendsten Posten dar.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen branchenspezifischen Risiken der Kreditwirtschaft besteht eine zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Weitere, für den Geschäftsverlauf ursächliche Ereignisse und Entwicklungen sowie Faktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage hatten, bestanden im Berichtsjahr nicht.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist geordnet.

2.4 Personal- und Sozialbereich

Von den am Jahresende aktiv beschäftigten 224 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren

131 vollzeitbeschäftigt und
78 teilzeitbeschäftigt sowie
15 Auszubildende.

Wir haben drei Auszubildende, die ihre Ausbildung in 2015 mit Erfolg beendeten, in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Die Fluktuationsquote von 2,1 % im vergangenen Jahr (Vorjahr: 0,4 %) spricht nach wie vor für die Arbeitszufriedenheit unseres Mitarbeiterteams. Mit regelmäßigen Orientierungs- und Entwicklungsgesprächen möchten wir diese auch langfristig sichern.

Neben dem weiteren Ausbau unserer mobilen und virtuellen Vertriebskanäle liegt der Fokus unseres Hauses mehr denn je auf der persönlichen und qualifizierten Beratung unserer Kunden. Die Erfüllung der immer größer werdenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist dabei im Gesamthaus von besonderer Bedeutung. Daher stellte die gezielte Förderung und Weiterbildung unserer Mitarbeiter auch im Jahr 2015 einen Schwerpunkt der Personalarbeit dar.

Um flexiblere und damit ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Mitarbeiter unterschiedliche Modelle – von variablen Arbeitszeiten über Teilzeit bis zur Altersteilzeit – nutzen.

3 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4 Chancen- und Risikobericht

4.1 Beschreibung des Risikomanagements

4.1.1 Strategien und Prozesse

Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG. Es umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse.

Bei der Gestaltung des Risikomanagementsystems werden gesetzliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen beachtet. Maßgebliche Bestimmungen ergeben sich aus unseren Geschäfts- und Risikostrategien, wobei der Gesamtvorstand für die Umsetzung dieser Strategien verantwortlich ist.

Das in der Stadt-Sparkasse Langenfeld implementierte Risikomanagement ist entsprechend der Größe und der Risikolage des Hauses ausgestaltet.

Die Risikostrategie legt die strategischen Eckpfeiler der Sparkasse im Bereich des Risikomanagements fest. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung der Sparkasse, die Erläuterung des grundsätzlichen Umgangs mit verschiedenen Risikokategorien, die Festlegung der wesentlichen Risiken der Sparkasse, die Limitierung von Risiken sowie Festlegungen in Bezug auf die Risikotragfähigkeits- und Stresstestkonzeption.

Die Strategien und Konzepte sowie die zugehörigen Arbeitsanweisungen, die im Zusammenhang mit den Risikomanagement- und -controllingprozessen stehen, werden mindestens jährlich überprüft. Sie bilden die Grundlagen für die Tätigkeiten im Bereich des Risikocontrollings.

4.1.2 Grundlagen der Risikosteuerung

Risikoverständnis

Der Begriff „Risiko“ wird als Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. In jedem Fall ist damit eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance wird nicht als Risiko angesehen (enger Risikobegriff).

Risikomanagementziele

Neben dem für die Stadt-Sparkasse Langenfeld allgemein gültigen Vorrang der Rentabilität und des Vermögenszuwachses orientiert sich der Vorstand bei seinen strategischen Überlegungen an den Grundsätzen einer ertragsorientierten Wachstumspolitik. Auf der Seite der Risiken bilden die Grundsätze einer ertragsorientierten Risikopolitik die strategische Grundausrichtung der Stadt-Sparkasse Langenfeld.

Die ertragsorientierte Banksteuerung der Sparkasse zeigt sich darin, dass Risiken eingegangen werden, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen darstellbar und im Verhältnis zu den sich hieraus ergebenden Chancen vertretbar sind.

Damit verbunden ist die geschäftspolitische Zielsetzung, bei günstigem Chance-/Risikoprofil Risiken einzugehen und bei ungünstigerem Chance-/Risikoprofil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellem Schaden werden akzeptiert. Die Sparkasse betrachtet sich infolgedessen als risikoneutral.

Die von der Stadt-Sparkasse Langenfeld bisher eingegangenen und die zukünftigen Risiken ergeben sich aus dem Geschäftsmodell einer regional tätigen Sparkasse.

Das Risikomanagement hat das vorrangige Ziel, die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb transparent und dadurch steuerbar zu machen. Risiken können somit auf ein vertretbares Maß beschränkt werden, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation der Sparkasse nicht zu gefährden.

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit bildet die Grundlage für den Risikomanagementprozess der Sparkasse. Sie bezeichnet die Fähigkeit, die wesentlichen Risiken des Bankgeschäfts durch die vorhandenen finanziellen Mittel laufend zu decken. Für den Fall, dass Risiken schlagend werden, sollen die entstehenden Verluste durch das Risikodeckungspotenzial aufgefangen werden können.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse besteht aus einer periodischen und einer regulatorischen Sichtweise. Die wertorientierte Sichtweise, d. h. die Beurteilung der Risikotragfähigkeit anhand von Vermögensbarwerten und wertorientierten Risikogrößen, wird derzeit nicht genutzt.

In der steuerungsrelevanten periodischen Sichtweise werden dem Risikodeckungspotenzial, das aus dem handelsrechtlichen Eigenkapital einschließlich der stillen Vorsorgereserven und einer geplanten Ergebnisgröße ermittelt wird, die handelsrechtlich auszuweisenden Risiken (z. B. Zinsspannen- und Bewertungsrisiken) gegenübergestellt. Hierbei stehen die Komponenten der Betriebsergebnis- bzw. Erfolgsspannenrechnung und der Bilanz im Mittelpunkt. Zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse verwendet die Sparkasse eine rollierende Zwölfmonats-Betrachtung.

Die regulatorische Sichtweise ist durch die gesetzlichen Bestimmungen der CRR (Capital Requirements Regulation) i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV (Solvabilitätsverordnung) zwingend vorgeschrieben. Hiernach darf die Gesamtkennziffer, also das Verhältnis von anrechenbaren Eigenmitteln und der Summe der Gesamtforderungsbeträge für Adressen-, Marktpreis- und operationelle Risiken, nicht unter 8 % liegen. Bei der Festlegung des Gesamtbanklimits orientiert sich die Sparkasse an einer Mindesteigenkapitalquote von 9,2 %. Nach Anhebung der aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalquote um einen Kapitalerhaltungspuffer für 2016 von 0,625 % erhöht sich die Quote auf 8,625 %. Die interne Mindestquote beträgt somit 9,825 %.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse ist auf den Fortführungsansatz (Going Concern) ausgerichtet. Im Gegensatz zum Liquidationsansatz soll beim Fortführungsansatz sichergestellt werden, dass das Fortbestehen des Unternehmens auch im Belastungsfall gesichert ist. Dies hat Auswirkungen auf einzubeziehende Größen beim Deckungspotenzial und die simulierten Risikoszenarien.

Ausgehend vom gesamten Risikodeckungspotenzial legt der Gesamtvorstand den Anteil am Risikodeckungspotenzial fest, der als Gesamtbanklimit für die Unterlegung von Risiken herangezogen werden kann. Für die als wesentlich definierten Risiken und verschiedene Ertrags- und Aufwandskomponenten werden Teillimite festgelegt. Das Risikocontrolling quantifiziert die Risiken, überwacht die Einhaltung der Limite und erstellt das zugehörige Reporting.

Mindestens einmal jährlich erfolgt die Überprüfung bzw. Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts einschließlich der festgelegten Limite.

Organisation des Risikomanagements

Der Risikomanagementprozess der Stadt-Sparkasse Langenfeld beinhaltet alle Aktivitäten des systematischen Umgangs mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikomessung, die Risikobewertung, die Steuerung, das Risikoreporting sowie die Überwachung und Kontrolle der Risiken.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird ein Gesamtrisikoprofil der Sparkasse erstellt. Dazu erfolgt die Differenzierung in Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken sowie sonstige Risiken.

Für die Beurteilung der Wesentlichkeit orientiert sich die Sparkasse an folgenden Kriterien:

- Die Risikoart hat wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- oder Liquiditätssituation der Sparkasse.
- Hinsichtlich der Größenordnung legt die Sparkasse einen Betrag von ca. 1 Mio. EUR (Ertrags- und Vermögenssituation) zugrunde.
- Die Wesentlichkeit einer Risikoart ist aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben quasi vorgegeben.

Die mit den wesentlichen Risiken verbundenen Risikokonzentrationen werden im Risikocontrollingprozess angemessen berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt in der Analyse von Konzentrationen im Kundenkreditportfolio.

Im Rahmen der Risikomessung werden neben der Quantifizierung möglicher Risiken verschiedene Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstestszenarien werden im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit beurteilt.

Die Risikosteuerung obliegt dem Gesamtvorstand, während die Risikoüberwachung durch den Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling, unterstützt durch den Bereich Marktfolge Kredit, erfolgt. Hierbei wird die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge bzw. Handel, Abwicklung und Kontrolle bis zur Ebene des Vorstands gewährleistet.

Zur Unterstützung der Geschäftsleitung bei risikopolitischen Fragen hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk implementiert. Sie wird von der Leiterin Unternehmenssteuerung/Controlling wahrgenommen und ist aufbauorganisatorisch bis einschließlich der Ebene der Geschäftsleitung von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Sie verfügt über alle notwendigen Befugnisse und uneingeschränkten Zugang zu den Informationen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates hat gegenüber der Leitung der besonderen Funktion Risikocontrolling ein direktes Auskunftsrecht und ist bei einem Wechsel durch den Vorstand zu informieren.

Wirksamkeit und Angemessenheit der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse für wesentliche Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit mindestens einmal jährlich durch das Risikocontrolling überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Durch diesen kontinuierlichen Überprüfungsprozess stellt die Sparkasse die Funktionsfähigkeit der Steuerungs- und Überwachungsprozesse sicher.

Die Interne Revision prüft als neutrale Stelle risikoorientiert die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie alle Aktivitäten und Prozesse des internen Kontrollsystems. Sie berichtet dem Vorstand und den betroffenen Bereichen und bildet somit einen wichtigen Teil der internen Kontrollverfahren.

4.1.3 Reporting

Eines der wichtigsten Reportinginstrumente ist der vierteljährliche Risikobericht aus dem Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling. Dieser umfasst eine Darstellung und Bewertung der wesentlichen Risiken, die Berichterstattung zur Risikotragfähigkeitsberechnung, aus der die Auslastung der jeweiligen Teillimite hervorgeht, sowie die Ergebnisse der Stresstests. Die Inhalte des Risikoberichts werden vom Vorstand mit dem Aufsichtsorgan erörtert.

Neben dem Risikobericht gibt es weitere Berichte, die entweder regelmäßig oder unter bestimmten Voraussetzungen (Ad-hoc-Reporting) im Rahmen des Risikomanagements erstellt und dem Vorstand vorgelegt werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um bestimmte Aspekte des Risikocontrollings zu einzelnen Risikoarten. Teil des Berichtswesens sind Steuerungsmaßnahmen, die das Controlling in Abhängigkeit von den Ergebnissen vorschlägt und die vom Vorstand beschlossen werden.

4.2 Wesentliche Risikokategorien

Für das Geschäftsjahr 2015 wurden vom Vorstand weiterhin Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken als wesentliche Risikokategorien festgelegt. Aus dem Bereich Sonstige Risiken stellen die strategischen Risiken wesentliche Risiken dar. Das Reputationsrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur 2015 als nicht mehr wesentlich eingestuft.

4.2.1 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person oder eine Personenhandels-gesellschaft, gegenüber der das Institut einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht

oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut gegenüber einer Person oder Personenhandelsgesellschaft aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist sowie das finanzielle Risiko des Instituts in Bezug auf Beteiligungen.

Das Adressenausfallrisiko weist für die Stadt-Sparkasse Langenfeld insbesondere aufgrund der zentralen Bedeutung des Kundenkreditgeschäfts das höchste Verlustpotenzial aus.

Zu den wesentlichen Adressenausfallrisiken gehören im Einzelnen:

- Kreditausfallrisiken inkl. Schuldscheindarlehen,
- Adressenausfallrisiken aus Wertpapiereigenanlagen,
- Beteiligungsrisiken.

Das Länderrisiko im Sinne des Ausfalls eines Staates als Emittent bzw. Kontrahent wird bereits explizit im Emittentenrisiko berücksichtigt und nicht mehr als eigene wesentliche Risikokategorie eingestuft.

Das Kreditportfolio der Sparkasse hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2015 wie folgt entwickelt:

	31.12.15		31.12.14	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
Kundenkredite				
- Privatkunden	500,0	31,3	468,4	29,3
- Unternehmen/Selbständige	842,2	52,7	815,6	51,0
- öffentliche Haushalte	6,0	0,4	11,1	0,7
Eigenanlagen				
- Beteiligungen	19,2	1,2	19,3	1,2
- Schuldscheindarlehen	33,5	2,1	46,9	2,9
- Wertpapiere	174,1	10,9	216,6	13,5
- Kredite an KI	21,6	1,4	21,8	1,4
Gesamtsumme	1.596,6	100,0	1.599,7	100,0

Quelle: Internes Reporting
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Der Schwerpunkt des Kreditportfolios der Stadt-Sparkasse Langenfeld liegt nach wie vor im Kundenkreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen. Der Anteil der Eigenanlagen ist insbesondere aufgrund der gesunkenen Renditemöglichkeiten gegenüber dem Vorjahr von 19 % auf 15,6 % zurückgegangen.

4.2.1.1 Adressenausfallrisiken im Kundenkreditportfolio

Im Umgang mit diesen Risiken hat die Sparkasse folgende strategische Leitlinien festgelegt:

- Die Kreditvergabe erfolgt primär aus qualitativen Gesichtspunkten und soll der langfristigen Erhaltung bzw. Steigerung unserer Rentabilität dienen. Eine gezielte Ausweitung und damit verbundene Erhöhung der Bilanzsumme ist nicht geplant.
- Die Bonität der Kreditnehmer, die Sicherstellung der einzelnen Forderungen, die Ergebnisse der Kapitaldienstfähigkeitsberechnung sowie ein angemessener Eigenkapitaleinsatz stehen hierbei im Vordergrund und dienen der Risikoreduzierung.
- Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeiten im Kreditbereich liegen im gewerblichen und privaten Immobiliengeschäft sowie im mittelständischen Firmen- und Gewerbekundengeschäft.
- Die Sparkasse konzentriert sich als regional tätiges Institut auf das in der Satzung festgelegte Geschäftsgebiet.
- Kreditausfallrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gesamtbankenbene limitiert.

Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken und zur kontinuierlichen Verbesserung der Bonitätsstruktur im Kundenkreditgeschäft hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld ein Limitsystem für das Neugeschäft festgelegt, welches jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Zur Identifikation von Adressenausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft verwendet die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Rating- und Scoringsysteme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR).

Um Veränderungen innerhalb der Kreditnehmerbonität rechtzeitig erkennen und mögliche Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzt die Sparkasse u. a. das Frühwarnsystem der Finanz Informatik GmbH u. Co. KG (FI).

Auf Basis von festgelegten Überleitungskriterien werden problembehaftete Engagements den Bereichen Intensivbetreuung bzw. Sanierung und Abwicklung zugeordnet.

Ausfallgefährdete Engagements werden vierteljährlich in einer EWB-Runde besprochen. Erforderliche Einzelwertberichtigungen werden unterjährig gebildet.

In ihren Arbeitsanweisungen zum Kreditgeschäft hat die Sparkasse alle weitergehenden operativen Grundsätze festgelegt. Für das Risikomanagementsystem sind hierbei insbesondere die Unterscheidung zwischen risikorelevantem und nicht risikorelevantem Kreditgeschäft, die Votierungs- und Kompetenzregelungen, die Bewertung von Sicherheiten sowie die Bearbeitungs- und Abwicklungsprozesse im Markt und in der Marktfolge von Bedeutung.

Die Sparkasse verfolgt zur Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft einen periodischen Ansatz.

Die Quantifizierung erfolgt vierteljährlich über das Kreditportfoliomodell VRE-Tool. Die Durchführung der Simulationen basiert auf dem nicht besicherten Kreditvolumen (Blankovolumen) sowie einer bonitätsabhängigen mittleren einjährigen Ausfallwahrscheinlichkeit je Gruppe verbundener Kunden. Die Risikokonzentrationen der Sparkasse liegen im Bereich der Adressenausfallrisiken des Kundenkreditgeschäfts bei Engagements mit einem Volumen über 5 Mio. EUR sowie in der Immobilienbranche. Diesbezüglich sind zusätzliche Steuerungs- und Controllingmaßnahmen definiert.

Um Steuerungsmaßnahmen frühzeitig einleiten und damit eine Einhaltung der strategischen Ziele erreichen zu können, hat die Sparkasse eine vierteljährliche Adressenausfallrisikorunde installiert, die sich mit der Entwicklung des Kundenkreditgeschäfts und den darin enthaltenen Risikokonzentrationen beschäftigt.

Nachfolgend werden die wesentlichen Aspekte des Kundenkreditportfolios und ihre Entwicklungen im Jahresverlauf dargestellt:

Rating	31.12.15		31.12.14	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
01 - 05	589,0	43,7	546,7	42,2
06 - 09	501,5	37,2	410,2	31,7
10 - 12	92,6	6,9	127,9	9,9
13 - 16	74,5	5,5	104,6	8,1
17 - 18	82,5	6,1	96,1	7,4
ungeratet	8,1	0,6	9,6	0,7
Summe	1.348,2	100,0	1.295,1	100,0

Quelle: Internes Reporting
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

2015 kam es zu Verschiebungen in bessere Ratingnoten. Das Volumen in schlechteren Ratingklassen wurde abgebaut und die durchschnittliche Ratingnote im Neugeschäft lag unterhalb der durchschnittlichen

lichen Ratingnote im Gesamtportfolio. Hierdurch verbesserte sich die durchschnittliche Ratingnote des nicht wertberichtigten Forderungsvolumens gegenüber dem Vorjahr von 9,4 auf 8,7.

Branchen	31.12.15		31.12.14	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
Immobilienbranche	470,1	34,9	468,2	36,2
Dienstleistung	154,9	11,5	145,2	11,2
Handel	83,0	6,2	80,7	6,2
verarbeitendes Gewerbe	75,0	5,6	75,2	5,8
Landwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau	26,4	2,0	22,0	1,7
Kredit- und Versicherungswesen	23,0	1,7	17,9	1,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	5,4	0,4	5,8	0,4
Sonstige	4,5	0,3	0,6	0,0
Summe Branchen	842,2	62,5	815,6	63,0
Summe Kundenkredite	1.348,2	100,0	1.295,1	100,0

Quelle: Internes Reporting
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Der Branchenschwerpunkt des Kundenkreditportfolios liegt historisch bedingt im Immobilienbereich. Der prozentuale Anteil am Kundenkreditvolumen ging im Jahresverlauf kontinuierlich von 36,2 % auf 34,9 % zurück. Die strategische Zielgröße liegt bei 35 % mit tolerierten Schwankungsbreiten von +/- 3,5 %. Die strategische Zielgröße wurde in 2015 erreicht und soll dauerhaft eingehalten werden.

Größenklassen	31.12.15		31.12.14	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
≤ 50 TEUR	88,3	6,5	91,6	7,1
> 50 TEUR ≤ 100 TEUR	58,8	4,4	58,1	4,5
> 100 TEUR ≤ 250 TEUR	167,8	12,4	164,2	12,7
> 250 TEUR ≤ 500 TEUR	140,9	10,5	128,3	9,9
> 500 TEUR ≤ 1.000 TEUR	132,6	9,8	131,3	10,1
> 1.000 TEUR ≤ 2.500 TEUR	175,7	13,0	138,1	10,7
> 2.500 TEUR ≤ 5.000 TEUR	212,6	15,8	174,1	13,4
> 5.000 TEUR ≤ 10.000 TEUR	116,1	8,6	185,1	14,3
> 10.000 TEUR ≤ 15.000 TEUR	117,3	8,7	92,5	7,1
> 15.000 TEUR	138,0	10,2	131,9	10,2
Summe	1.348,2	100,0	1.295,1	100,0

Quelle: Internes Reporting / Anpassung der Größenklassenaufteilung gegenüber dem Vorjahr
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Die Konzentration im Bereich der Engagements ab 5 Mio. EUR konnte im Jahresverlauf aufgrund von in Vorjahren installierten Steuerungsmaßnahmen weiter abgebaut werden. Die Quote ging gemessen am Gesamtkreditvolumen von 31,6 % Ende 2014 zunächst auf 25,7 % zurück und lag per 31.12.2015 bei 27,5 %. Das strategische Ziel von 30,0 % bis Ende 2015 wurde somit erreicht. Die Sparkasse legt für die zukünftige Ausrichtung sowohl aus Risikogesichtspunkten als auch mit Blick auf die Ertragsauswirkungen fest, dass der Anteil dieser Engagements zunächst nicht aktiv weiter gesenkt werden, die Quote aber dauerhaft unter 30 % liegen soll. Bis Ende 2018 soll diese Höchstgrenze auf 27 % gesenkt werden.

Die Steuerung der vorhandenen Konzentrationen im Bereich der Engagements ab 5 Mio. EUR sowie der Immobilienbranche bildet auf Ebene der Portfoliosteuerung einen Schwerpunkt des Risikocontrolling- und -managementprozesses.

Der Anteil des Risikotragfähigkeitslimits für das Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft betrug per 31.12.2015 rund 50 % des Gesamtbanklimits. Die Auslastung liegt Ende 2015 mit 70,5 % um 7,9 %-Punkte unter dem Niveau des Vorjahresstichtags. Die unterjährigen Entwicklungen sind im Wesentlichen auf Veränderungen des Blankovolumens der Risikotreiber und die Verbesserung der durchschnittlichen Ratingnote zurückzuführen.

Über die Entwicklung des Adressenausfallrisikos wird der Vorstand monatlich im Rahmen eines Kennzahlenberichts sowie vierteljährlich über den VRE-Bericht durch das Risikocontrolling informiert.

Die etablierten Steuerungsinstrumente sollen auch zukünftig dafür Sorge tragen, dass der quantifizierte Verlust des Kundenkreditportfolios weiter sinkt und die Auslastung des Risikotragfähigkeitslimits dauerhaft unter 80 % liegt.

Das Kundenkreditgeschäft stellt gleichzeitig einen wesentlichen Ertragsfaktor dar, der sich sowohl im Zinsüberschuss als auch in den Provisionserträgen zeigt. Die vorhandenen Konzentrationen beinhalten neben dem hohen Risikopotenzial auch außerordentliche Ertragschancen. So entfallen zum Jahresende nahezu 28 % des Zinsertrages gegenüber 31 % im Vorjahr auf die Kunden der Immobilienbranche. Hinzu kommt der Anteil am Provisionsertrag. In 2015 haben die vereinnahmten Gebühren für Kredite und Bürgschaften 18,8 % des gesamten Provisionsertrages ausgemacht.

4.2.1.2 Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren

Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren werden, sofern diese vorliegen, über externe Ratings oder aufgrund der internen Risikoeinschätzung der jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften identifiziert.

Bis Ende 2015 hat die Sparkasse im Rahmen einer Partnerliste in Abhängigkeit von der Eigenkapitalunterlegung nach COREP und der Wertpapierkategorie gesamtbankbezogene Limite pro Anlageklasse festgelegt. Beginnend mit dem Jahr 2016 werden sich die strategischen Vorgaben nicht nur auf quantitative Vorgaben im Sinne von Limitbeträgen beziehen, sondern darüber hinaus qualitative Vorgaben, z. B. hinsichtlich der Bonität oder der Laufzeit, zu der jeweiligen Anlageklasse beinhalten. Das genehmigte Limit auf Einzelkreditnehmerbasis wird durch den jeweiligen Beschluss zum Kauf festgelegt.

Das Adressenausfallrisiko der Eigenanlagen wurde bisher durch die Multiplikation der Ausfallwahrscheinlichkeit gemäß Ratingnote mit dem zugehörigen Nominalwert pro Wertpapier ermittelt. Dieser Wert wird mit Wirkung vom 30.09.2015 als erwarteter Verlust definiert. Gleichzeitig wurde die Ermittlung des Emittentenrisikos auf Berechnungen im VRE-Tool analog des Kundenkreditgeschäfts umgestellt. Dazu wird das Kundenkreditportfolio um das Eigenanlagenportfolio bestehend aus Rentenpapieren in der Direktanlage und im Spezialfonds ergänzt.

Der unerwartete Verlust ergibt sich aus der Differenz zwischen den Simulationen mit und ohne Eigenanlagenportfolio. Das ausfallgefährdete Volumen ist hier der jeweilige Buchwert bzw. bei Positionen aus dem Spezialfonds der Nominalwert. Dieses wird um unterschiedliche Einbringungsquoten verringert. Die Stresstestszenarien unterscheiden sich gegenüber dem Risikoszenario durch eine Stressung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit und Einbringungsquote. Nicht berücksichtigt werden Aktien und Fondsanteile, bei denen das Adressenausfallrisiko implizit im Marktpreisrisiko enthalten ist. Die Ergebnisse sind Bestandteil des vierteljährlichen Reportings zu den Eigenanlagen.

Im Risikotragfähigkeitskonzept wird das Risiko aufgrund seiner GuV-Zuordnung im Bewertungsrisiko Wertpapiergeschäft berücksichtigt. Die Entwicklung der Limitauslastung ist unter 4.2.2.2 beschrieben.

Bei den unter dem Punkt „Eigenanlagen“ erwähnten Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in den wirtschaftsschwachen EU-Staaten Portugal, Spanien und Italien handelt es sich um Staatspapiere oder gedeckte Banken- bzw. Unternehmensanleihen. Die Restlaufzeit der Papiere liegt bei maximal 9,3 Jahren. Der Anteil der Papiere an den gesamten Wertpapiereigenanlagen betrug per 31.12.2015 gemessen am

Kurswert rund 11,1 % gegenüber 4,7 % im Vorjahr. Es handelt sich um Anlagen der Sparkasse im Direktbestand sowie im Spezialfonds.

4.2.1.3 Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Beteiligungen der Sparkasse sind fast ausnahmslos Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen, die über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband oder andere Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe eingegangen werden. Daneben hält die Sparkasse kleinere Beteiligungen an Unternehmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft. Eine deutliche Ausweitung des Beteiligungsbestandes ist nicht geplant. Entscheidungen über das Eingehen von Beteiligungen werden ausschließlich aus dem Verbund- bzw. Fördergedanken eingegangen.

Das Beteiligungsrisiko wird innerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung im Bereich des sonstigen Bewertungsrisikos berücksichtigt. Der Anteil des Teillimits am Gesamtbanklimit liegt nahezu unverändert bei rund 1,3 %.

In 2015 wurden keine wesentlichen Wertberichtigungen auf Beteiligungen vorgenommen. Trotz der aktuellen Wertentwicklung der Beteiligungen können künftig weitere Wertberichtigungen nicht ausgeschlossen werden.

4.2.2 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln auf Grund von Änderungen der Marktlage zu Ungunsten des Inhabers entwickeln.

Wesentliche Marktpreisrisikoarten sind:

- Zinsänderungs-/Zinsspannenrisiken,
- Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken,
- Sachwert-/Immobilienrisiken.

Als nicht wesentliche Marktpreisrisikoarten hat die Sparkasse für sich das Währungsrisiko sowie das Options- und Rohwarenrisiko definiert.

4.2.2.1 Zinsänderungs-/Zinsspannenrisiken

Das Zinsänderungsrisiko besteht in einer von der Planung negativ abweichenden Entwicklung des Zinsüberschusses und resultiert aus unterschiedlichen Volumina, Fälligkeiten und Zinsreagibilitäten aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen.

Zinsspannenrisiken werden im Rahmen der periodischen Betrachtungsweise vierteljährlich ermittelt und ergeben sich aus den Veränderungen der Größe Zinsüberschuss zum Jahresende des aktuellen Jahres und der fünf Folgejahre. Die Sparkasse simuliert dazu unterschiedliche Zinsszenarien für den Risiko- und den Stressfall. Neben Ad-hoc-Verschiebungen der Zinskurve werden auch Simulationen mit einer steilen, einer flachen und einer inversen Zinskurve simuliert, um die unterschiedlichen Ausprägungen des Zinsänderungsrisikos abzubilden. Mindestens einmal jährlich findet eine Überprüfung und ggf. Anpassung der simulierten Zinsszenarien statt. Bei der Festlegung des Szenarios, welches für die Limitauslastung in der Risikotragfähigkeitsberechnung für die rollierende 12-Monatssicht maßgeblich ist, orientiert sich die Sparkasse an dem Szenario, welches das größte Risikopotenzial ausweist. Aktuell wird das Szenario einer Ad-hoc-Parallelverschiebung von -1 % herangezogen.

Die periodenorientierte Betrachtung wird um eine barwertige Betrachtung des Zinsänderungsrisikos ergänzt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat aufsichtsrechtlich Simulationsparameter für den BaFin-Zinsschock von +200/-200 Basispunkte (BP) festgelegt. Sofern die negative Abweichung des Barwertes aufgrund dieser Simulation mehr als 20 % der Eigenmittel beträgt, gilt das Kreditinstitut als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“.

Sofern die monatliche Berechnung des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks für die Sparkasse eine negative Barwertveränderung von mehr als 16 % ergibt, werden durch das Risikocontrolling im Rahmen des Reportings an den Vorstand Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen. Ab einer negativen Barwertveränderung von 19 % erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Vorstand und die Interne Revision.

Zur Berechnung der Zinsänderungsrisiken setzt die Sparkasse die Anwendungen der integrierten Zinsbuchsteuerung der FI ein. Bei der Quantifizierung von Zinsspannenrisiken nutzt sie das EDV-Programm GuV-Planer, welches auf die Planung von Neugeschäftsmargen ausgerichtet ist und variable Positionen anhand des Konzepts der gleitenden Durchschnitte berücksichtigt. Zur Barwertsimulation und Ermittlung des Value at Risk (Konfidenzniveau 99 % bei einer Haltedauer von einem Jahr) verwendet sie das Programm sDIS OSPlus.

Datenbasis für die zinstragenden Positionen des Kundengeschäfts bilden die Einzelkonten, die danach auf Bilanzpositionen zusammengefasst werden. Die für die variablen Positionen ermittelten Mischungsverhältnisse werden regelmäßig überprüft und zukunftsorientiert festgelegt.

Bei den Berechnungen des Zinsänderungsrisikos berücksichtigt die Sparkasse sowohl in der periodischen als auch der barwertigen Sichtweise statistische und optionale Optionsausüßer aus den Bereichen Zuwachssparen und Darlehen. Die Daten der statistischen Ausüßer fließen in alle Berechnungen ein. Die Daten für die optionalen Ausüßer des Produktes Zuwachssparen werden ausschließlich im Rahmen der Ad-hoc-Zinsszenarien von +100 BP und +200 BP herangezogen. Das Ausübeverhalten bei den impliziten Optionen ermittelt die Sparkasse mit Hilfe des Programms S-Implo auf Basis historischer Kunden- und Marktzinsdaten.

Die Berechnungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks werden seit März 2015 unter Berücksichtigung von Pensionsverpflichtungen durchgeführt. Hierzu fließen die von der Firma Heubeck auf Basis der Pensionsgutachten erstellten Cashflows in die Berechnungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks ein. Im Rahmen der Prognosebearbeitung und somit des periodischen Zinsänderungsrisikos wird der Abzinsungsbetrag der Pensionsrückstellungen berücksichtigt.

Die Sparkasse verwendet für die Berechnungen des Zinsänderungsrisikos eine individuelle Zinskurve, die neben einer risikolosen Zinskurve auf Basis von Midswapsätzen hausindividuelle Refinanzierungsspreads enthält.

In der periodenorientierten Sichtweise deuten Zinssimulationen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus seit 2012 auf Zinsänderungsrisiken bei weiter fallenden Zinsen hin. Das Zinsspannenrisiko lag 2015 durchgängig auf einem niedrigen Niveau.

Der Anteil des Teillimits für das Zinsspannenrisiko am Gesamtbankrisiko betrug 3,9 % per 31.12.2015. Die Auslastung des Limits lag zum Jahresende bei 43,7 % und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13,3 %-Punkte. Sofern die quartalsweise Berechnung eine Auslastung des Risikotragfähigkeitslimits von mehr als 80 % ergibt, werden durch das Risikocontrolling im Rahmen des Reportings an den Vorstand Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen.

In der barwertigen Betrachtung stellen in 2015 nach wie vor steigende Zinsen ein Risiko dar. Die Kennzahl des Zinsschocks ist nach einem leichten Rückgang im ersten Quartal 2015 per 31.12.2015 auf 12,1 % gestiegen. Der Anstieg von rund 7,0 %-Punkten im Jahresverlauf ist insbesondere auf die Verkürzung der Mischungsverhältnisse zurückzuführen.

Wir erwarten in 2016 in der periodischen Betrachtung keine grundlegende Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Mögliche Anpassungen in der Risikomessung können zu leicht höheren Ergebnissen führen. Das Limit für Zinsspannenrisiken wurde für 2016 auf Höhe des Vorjahresniveaus festgelegt.

Durch neue aufsichtsrechtliche Anforderungen, die voraussichtlich bis Ende 2016 konkretisiert werden sollen, wird es im Bereich der barwertigen Zinsänderungsrisikomessungen gegebenenfalls zu Anpassungen kommen.

Aufgrund des geringen Zinsänderungsrisikos hat die Sparkasse in 2015 weiterhin keine Absicherungsgeschäfte vorgenommen und sieht diese auch für 2016 nicht vor.

Chancen im Bereich des Zinsspannenergebnisses können sich durch Ausweitung der Margen im Kundengeschäft oder durch Optimierung des Fristentransformationsergebnisses ergeben. Beide Faktoren sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase stark limitiert. Die positiven Ergebnisse im Zinsüberschuss konnte die Sparkasse in der Vergangenheit stets durch den Konditionenbeitrag erwirtschaften. Der Strukturbeitrag ist keine steuerungsrelevante Größe und soll auch zukünftig nicht aktiv ausgeweitet werden.

4.2.2.2 Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist als Nicht-Handelsbuchinstitut eingestuft und will diesen Status auch in den nächsten Jahren beibehalten. Die Ausrichtung der Eigenanlagen soll in den nächsten Jahren ertragsorientiert bleiben.

Für die Messung von Kurswertrisiken nutzt die Sparkasse sowohl für die Bestandsführung als auch für die Risikomessung der Eigenanlagen das Programm SimCorp Dimension (SCD).

Als risikorelevante Größe für den erwarteten und unerwarteten Verlust wird aufgrund des periodischen Steuerungskreises das Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft herangezogen.

Der erwartete Verlust setzt sich aus der Veränderung des GuV-Ergebnisses bei einer Seitwärtsbewegung der Zinskurve in der rollierenden 12-Monatssicht, dem erwarteten Verlust des Emittentenrisikos gemäß VRE-Tool und den Stückzinsen des Spezialfonds gemäß Fondsbericht zusammen. Dabei werden die im Simulationszeitraum fällig werdenden Wertpapiere berücksichtigt und vorhandene stille Reserven verrechnet.

Der unerwartete Verlust ergibt sich aus dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko, dem Value at Risk der Fonds, dem Emittentenrisiko sowie dem Spreadrisiko. Das zinsinduzierte Abschreibungsrisiko berechnet sich dabei aus der Veränderung des GuV-Ergebnisses innerhalb von 12 Monaten unter Berücksichtigung eines Ad-hoc-Szenarios von +100 BP im Risikofall bzw. +200 BP im Stressfall und nach Abzug der GuV-Veränderung aus dem Seitwärtsszenario.

Für den Value at Risk wird ein Konfidenzniveau von 99 %, eine Haltedauer von 63 Tagen bzw. 250 Tagen seit 30.09.2015 und ein Beobachtungszeitraum von 501 Tagen herangezogen. Für das Spreadrisiko liegt der Beobachtungszeitraum von 501 Tagen jeweils in einer Periode, die sowohl ein Ausweiten als auch einen Rückgang von Spreads berücksichtigt. Zur Ermittlung des Gesamtrisikos werden jeweils die stillen Reserven pro Wertpapier nach Ansatz der Einzelrisiken berücksichtigt.

In der Arbeitsanweisung zum Eigenhandelsgeschäft hat die Sparkasse Richtlinien festgelegt, welche die strategischen Festlegungen konkretisieren und einzelne Bestandteile des Risikomanagement- und -controllingprozesses erläutern.

Neben dem vierteljährlichen Risikobericht wird der Vorstand jeweils zum Quartalsende im Rahmen eines Depot A-Berichts über die Geschäftsaktivitäten, die Auslastung der Limite und die Marktpreisrisikosituation informiert. Sofern die quartalsweise Berechnung eine Auslastung des Risikotragfähigkeitslimits von mehr als 80 % ergibt, werden durch das Risikocontrolling im Rahmen des Reportings an den Vorstand Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen. Zusätzlich erfolgt mindestens wöchentlich eine Information über die Entwicklung des GuV-Ergebnisses im Wertpapiergeschäft sowie über die aktuellen Bestände und Kurse.

Das Limit für die Risikotragfähigkeitsberechnung wurde aufgrund geplanter Systemanpassungen erhöht und beträgt per 31.12.2015 28,6 % des Gesamtbanklimits.

Nach einem Rückgang in 2014 ist die Limitauslastung in 2015 aufgrund der vorgenommenen Parameteränderungen um 19,8 %-Punkte auf 62,2 % zum Jahresende gestiegen.

Durch Diversifikation, insbesondere in dem Spezialfonds, können Risiken begrenzt werden. Chancen ergeben sich für die Sparkasse aus der Realisierung von Kurswertreserven sowie GuV-relevantem Zuschreibungspotenzial. Gleichzeitig stellen die Zinsen und Ertragsausschüttungen einen wesentlichen Anteil am Zinsüberschuss der Sparkasse dar.

4.2.2.3 Sachwert-/Immobilienrisiken

Sachwert-/Immobilienrisiken ergeben sich durch die Schwankung von Immobilienpreisen.

Aufgrund der vorhandenen Konzentrationen in der Immobilienbranche und der hohen Bedeutung der Grundpfandrechtlichen Sicherheiten im Portfolio wurde das Sachwert-/Immobilienrisiko als wesentliche Risikokategorie festgelegt.

Die internen Prozesse zur Bewertung und Beurteilung von Immobiliensicherheiten sollen das Sachwert-/Immobilienrisiko begrenzen. Aus den strategischen Zielen zum Abbau der Konzentrationen im Kundenkreditportfolio ist tendenziell mit einem Rückgang des Sachwert-/Immobilienrisikos zu rechnen.

Wertzuwächse von Sicherheiten führen im Gegenzug zu einer Entlastung und somit zu einer Reduzierung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft.

Das indirekte Immobilienrisiko durch Eigenanlagen in Immobilienfonds wird im Bereich der Kurswertrisiken betrachtet. Risikoveränderungen schlagen sich im Bewertungsergebnis Wertpapiere nieder.

Bedingt durch einen Immobiliendirekterwerb im Jahr 2015 hat die Sparkasse im Rahmen eines Projektes mit externer Unterstützung ihre Controllingprozesse für das Immobilienrisiko erweitert. Im Fokus stehen hier die Wertänderungen von Immobilien im Betriebsvermögen. Einzelheiten sind im Anweisungswesen der Sparkasse geregelt.

Die Risikoermittlung für die Immobilien im Direkterwerb sowie im Betriebsvermögen der Sparkasse baut auf der Standardabweichung der Immobilienindices des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp) auf und orientiert sich unter der Annahme von normalverteilten Wertschwankungen an einem Konfidenzniveau von 99 %. Für den Stresstestparameter wird ein zusätzlicher Faktor von 1,5 berücksichtigt. Stille Reserven fließen bei der Risikoermittlung ein. Die Risikoermittlung erfolgte erstmals per 31.12.2015 und wird künftig vierteljährlich durchgeführt. Die Überprüfung der vdp-Daten erfolgt mindestens jährlich bzw. anlassbezogen.

Über die Entwicklung des Immobilienrisikos wird der Vorstand im Rahmen eines vierteljährlichen Berichts zum Immobilienrisiko informiert. Sofern die quartalsweise Berechnung des Risikos eine Auslastung des Risikotragfähigkeitslimits von mehr als 80 % ergibt, werden durch das Risikocontrolling im Rahmen des Reportings an den Vorstand Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen.

Erstmalig zum 31.12.2015 wurde ein Risikotragfähigkeitslimit für das Immobilienrisiko festgelegt. Es beträgt 7,8 % des Gesamtbanklimits. Nach der Verrechnung stiller Reserven ergab sich weder im Risiko- noch im Stressfall ein Risiko. Wertänderungsrisiken durch Neukäufe werden durch strategische Vorgaben für 2016 begrenzt. Hierdurch und durch die Werthaltigkeit der Bestandsimmobilien wird das Immobilienrisiko für die Sparkasse auch in 2016 nur eine untergeordnete Rolle darstellen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinsphase generiert die Sparkasse mit dem Immobiliendirekterwerb ein neues Ertragsfeld. Sie wird ihre Fachkompetenz einsetzen und Chancen zur gezielten Investition in werthaltige Immobilien mit Wertsteigerungspotential nutzen.

4.2.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken ergeben sich aus mangelnden Synchronitäten zwischen Mittelzu- und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation, aber auch durch nicht eingeplante Zahlungsverpflichtungen sowie die Unsicherheit über Kundendispositionen begründet sind.

Liquiditätsrisiken können in Form von Zahlungsunfähigkeits-, Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiken auftreten.

Im Rahmen der Risikoinventur hat die Sparkasse alle Ausprägungen des Liquiditätsrisikos als wesentliche Risikokategorien definiert und hierfür geeignete Risikomanagement- und -controllingprozesse eingerichtet.

Der Vorstand erhält von der Abteilung Rechnungswesen täglich bzw. wöchentlich Informationen über die Liquiditätssituation bzw. die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Kennzahlen zur Liquidität. Zusätzlich erfolgt das vierteljährliche Reporting zum Liquiditätsrisiko durch das Risikocontrolling.

4.2.3.1 Zahlungsunfähigkeitsrisiko

Die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein. Ein Liquiditätsengpass liegt für die Sparkasse vor, wenn sie aufgrund externer oder interner Ereignisse kurzfristig (innerhalb eines Monats) nicht mehr in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf zu decken. Um die Gefahr eines Liquiditätsengpasses frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können, hat die Sparkasse folgende Schwellenwerte festgesetzt:

Gesamtkennziffer gem. LiqV	> 1,50	grün
Gesamtkennziffer gem. LiqV	1,50 bis 1,20	gelb
Gesamtkennziffer gem. LiqV	< 1,20	rot

Auf Basis der Daten der Liquiditätsmeldung werden diverse Risikofall- und Stresstestszenarien durchgeführt. Diese werden mindestens einmal jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die aufsichtsrechtliche Einführung einer verbindlich einzuhaltenden Liquiditätsdeckungsquote (LCR) hat es erforderlich gemacht, auch für diese Kennzahl Schwellenwerte festzulegen:

Aufschlag Mindestquote LCR gem. deIVO	> 0,3	grün
Aufschlag Mindestquote LCR gem. deIVO	0,3 - 0,1	gelb
Aufschlag Mindestquote LCR gem. deIVO	< 0,1	rot

Neben den Risikotoleranzen mit Bezug auf Meldewesenkennzahlen zur Liquidität hat die Sparkasse eine Reihe von Instrumenten im Einsatz, um die Liquiditätszu- und -abflüsse sichtbar und somit steuerbar zu machen.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit hat die Sparkasse neben der eigenen Landesbank bei verschiedenen Partnern mündlich Linien eingeräumt bekommen, die regelmäßig auf Ihre Gültigkeit hin überprüft werden. Aufgrund der Wechselwirkungen zu anderen Risikotoleranzen hat die Sparkasse für Geldmarktgeschäfte ein internes Limit festgelegt.

Da das Risiko der Zahlungsunfähigkeit nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial unterlegt werden kann, erfolgt kein Ansatz innerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung.

Die Liquiditätskennzahl lag per 31.12.2015 bei 2,03 und ging somit gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um 0,29 zurück. Im Jahresverlauf bewegte sich die Kennzahl innerhalb einer Bandbreite von 1,82 und 2,43 und lag somit über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die seit Oktober 2015 ebenfalls einzuhaltende LCR-Quote lag per 31.12.2015 bei 1,20 und somit über dem Mindestwert von 0,6. Die Mindestkennzahl wird bis 01.01.2018 schrittweise auf 1,00 angehoben.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war jederzeit in vollem Umfang gegeben. Für 2016 erwarten wir keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Liquiditätssituation.

In der Zahlungsunfähigkeitssicht lassen sich aus den Liquiditätsrisiken keine Chancen ableiten.

4.2.3.2 Refinanzierungsrisiko

Das Refinanzierungsrisiko tritt infolge von Fristentransformationsmaßnahmen auf und besteht in erster Linie aus Preisrisiken, d. h. benötigte Liquiditätsmittel können zwar kurzfristig beschafft werden, allerdings gegebenenfalls zu ungünstigeren Konditionen.

Die Berechnung der Liquiditätskosten (Liquiditätskostenverrechnungssystem) basiert auf den Plan- und Istdaten für einen rollierenden 12-Monats-Zeitraum. Dabei wird der Zinsüberschuss des Neugeschäfts auf Basis der individuellen Zinskurve dem auf Basis der risikolosen Zinskurve gegenübergestellt. Die er-

rechneten Liquiditätsbeiträge sind indirekte Bestandteile des Zinsüberschusses, da die Spreads zwischen beiden Zinskurven im Rahmen der Konditionenfindung bereits berücksichtigt werden.

Im Risiko- bzw. Stressfall werden zur Risikoermittlung des Refinanzierungsrisikos die Auswirkungen einer Veränderung der individuellen Liquiditätsspreads auf Basis des seit Dezember 2012 bzw. während der Finanzmarktkrise 2008/2009 aufgetretenen Höchstwerts in der jeweiligen Jahresstützstelle mittels GuV-Planer simuliert.

In der Risikotragfähigkeitsbetrachtung wurde erstmals für 2015 ein Limit für das Liquiditätsrisiko festgelegt. Nominal wird dieses auch für 2016 beibehalten. Der Anteil des Limits am Gesamtlimit beträgt 1,3 %.

Nach Verrechnung der Liquiditätsprämien und -kosten ergab sich per 31.12.2015 ein positiver Beitrag.

Da die Simulation steigender Spreads im Rahmen des Refinanzierungsrisikos auf den Zinsüberschuss wie ein steigendes Zinsszenario wirkt und die Sparkasse in der periodischen Zinsänderungsrisikomesung aufgrund des geringen Zinsniveaus bei sinkenden Zinsszenarien ein Risiko ausweist, beträgt die Limitauslastung per 31.12.2015 0 %.

Die Sparkasse sieht für 2016 keine wesentliche Veränderung der Entwicklung. Chancen im Bereich des Refinanzierungsrisikos können durch rückläufige Spreads in der individuellen Einstandskurve entstehen.

4.2.3.3 Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko hingegen bezieht sich auf die Situation, dass aufgrund von Marktstörungen Liquidität nur erschwert und/oder zu nicht fairen Preisen beschafft werden kann (insbesondere Veräuferrisiko Wertpapiere).

Da das Marktliquiditätsrisiko aufgrund seiner Definition bereits implizit im Rahmen der Zahlungsunfähigkeits- und Refinanzierungsrisiken enthalten ist, sieht die Sparkasse von der separaten Betrachtung dieser Risikoart ab.

4.2.4 Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Operationelle Risiken werden aufgrund ihrer Bedeutung für die Sparkasse und der aufsichtsrechtlichen Anforderung als wesentliche Risikoart eingestuft.

Der Risikocontrollingprozess ist anweisungstechnisch geregelt und umfasst im Wesentlichen folgende Aspekte:

- Eintretene Schadensfälle, die auf operationelle Risiken zurückzuführen sind und deren kontowirksamer Aufwand größer als 1 TEUR ist, sind dem Risikocontrolling zu melden und werden zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst.
- Als Schwellenwert für bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk wurde ein Betrag von 50 TEUR festgelegt.
- Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch einen regelmäßig durchzuführenden „Expertenworkshop“, in dem ausgewählte Mitarbeiter/-innen der Sparkasse Szenarien operationeller Risiken im Hinblick auf ihr jährliches Verlustpotenzial überprüfen und anpassen.
- Die Sparkasse nimmt an dem jährlichen DSGVO-Datenpooling für operationelle Schadensfälle und Szenarien teil.

Operationelle Risiken sollen weitestgehend begrenzt werden. Hierzu hat die Sparkasse diverse Maßnahmen umgesetzt, z. B. den Abschluss von Versicherungen, um Verluste im Schadensfall möglichst gering zu halten, sowie regelmäßige Sensibilisierungen der Mitarbeiter, damit Schadensfälle bereits im Vorfeld vermieden werden können.

Durch Mitarbeiter bedingte Risiken, wie z. B. Bearbeitungsfehler oder unautorisierte Handlungen, werden durch die Regelung der Arbeitsprozesse in Form von Arbeitsanweisungen und interne Kontrollen verringert. Weiterhin werden die Kompetenzen der Mitarbeiter durch die Führungskräfte der Sparkasse regelmäßig überprüft. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Im Bereich der internen Verfahren werden zur Begrenzung rechtlicher Risiken grundsätzlich nur standardisierte Vertragsmuster verwendet. Selbstformulierte Verträge unterliegen einer Überprüfungspflicht durch die Rechtsabteilung. Rechtsrisiken sind in den vergangenen Jahren vermehrt durch geänderte Gesetzgebungen und Rechtsprechungen im Bereich der Kapitalanlagen entstanden.

Für die ggf. aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen entstehenden Rechtsrisiken hat die Sparkasse keine Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung gesehen, weil das Risiko einer Inanspruchnahme derzeit als gering eingeschätzt wird. Bisher wurden auch keine nennenswerten Ansprüche von unseren Kunden gestellt, die zudem abgelehnt wurden.

Im Bereich der Infrastruktur liegt der Schwerpunkt auf einer angemessenen Steuerung der IT-Risiken. Das Risiko eines Ausfalls bzw. einer Fehlfunktion der EDV wird durch weitgehende Verwendung der Standardsoftware unseres Rechenzentrums und den Abschluss von Wartungs- und Serviceverträgen gemindert.

Um im Notfall zumindest die Weiterführung der unternehmensrelevanten Prozesse zu gewährleisten, besteht ein Notfallhandbuch. Für Notfall- und Katastrophensituationen bestehen Alarm- und Räumungspläne.

Drohende Schäden aufgrund externer Einflüsse sind, soweit möglich und erforderlich, versichert. Die Angemessenheit des Versicherungsumfangs wird jährlich überprüft.

Der Vorstand erhält einmal jährlich einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der operationellen Risiken, aus dem ein Überblick über die entstandenen Schadensfälle und Risikoszenarien hervorgeht. Vom Expertenworkshop oder Risikocontrolling vorgeschlagene Maßnahmen werden durch den Vorstand beschlossen. Der Bericht zu den operationellen Risiken ist Bestandteil des Gesamtrisikoberichts.

In 2015 sind keine wesentlichen operationellen Schadensfälle eingetreten.

Im Rahmen der Eigenkapitalanforderungen verwendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz.

Die operationellen Risiken werden in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung geschätzt und limitiert. Der unerwartete Verlust entspricht 1 % des durchschnittlichen Bruttoertrages der letzten 3 Jahre. Aufgrund des Pauschalansatzes entspricht die Limitauslastung in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung stets 100 %. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich keine nennenswerte Veränderung.

Wir erwarten auch künftig keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Situation im Bereich der operationellen Risiken und schätzen das Risiko auch für 2016 mit 1,3 % des Gesamtbanklimits nach wie vor gering ein.

Chancen sind aus den operationellen Risiken nicht abzuleiten.

4.2.5 Sonstige Risiken

Alle Risiken, die sich nicht bzw. nicht eindeutig den Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie den operationellen Risiken zuordnen lassen, stellen sogenannte „Sonstige Risiken“ dar.

In der Kategorie „Sonstige Risikoarten“ werden folgende Ausprägungen unterschieden:

- Strategisches Risiko,
- Modellrisiko,
- Reputationsrisiko,
- Absatz-, Vertriebs- und Planabweichungsrisiko.

Aufgrund der enormen Bedeutung von Managemententscheidungen für den Erfolg eines Institutes wurde auch das strategische Risiko als wesentliche Kategorie eingestuft. Die Sparkasse hat bereits viele Prozesse implementiert, die das strategische Risiko minimieren sollen. Beispielhaft seien hier die erweiterten Vorstands- sowie Leitungsrunden, die Führungskräfte tagung, die Einbindung verschiedener Mitarbeiter in den Strategieprozess, der Bilanzstrukturzirkel sowie die gelebte Unternehmensphilosophie, Führungskräfte in Managemententscheidungen einzubeziehen, genannt.

Eine sinnvolle Unterlegung mit Risikodeckungspotenzial im Zuge der Risikotragfähigkeitsberechnung ist für das strategische Risiko aus mangelnder Quantifizierbarkeit nicht möglich.

Das Reputationsrisiko beschreibt die mögliche Gefahr eines Reputationsverlustes bzw. einer nachhaltigen Verschlechterung des Ansehens eines Unternehmens in der Öffentlichkeit bzw. durch die verschiedenen Interessengruppen. Das Reputationsrisiko ist ein Folgerisiko aus operationellen Schadensfällen und wird daher über den Risikocontrolling- und -managementprozess für operationelle Risiken abgedeckt. Soweit möglich, sollen Reputationsrisiken vermieden werden.

Daneben besteht für die Sparkasse das Risiko, dass sie während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) entsprechend ihres Anteils am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Als Anteilseigner der ehemaligen Westdeutschen Landesbank AG ist der RSGV aufgrund der in 2009 geschlossenen Verträge zur EAA verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV.

Seit 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 4,5 Mio. EUR durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 0,7 Mio. EUR. Für dieses Risiko bildet die Sparkasse in einem Zeitraum von insgesamt 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans spätestens nach Ablauf von 10 Jahren zu überprüfen.

4.3 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Gesamtrisikoprofil der Stadt-Sparkasse Langenfeld hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

Das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditportfolio bildet, insbesondere aufgrund der vorhandenen Konzentrationen, die Risikoart mit dem höchsten Verlustpotenzial. Der Rückgang des Blankovolumens der Risikotreiber sowie die Verbesserung der durchschnittlichen Ratingnote führten zu geringeren Risikowerten als im Vorjahr. Vorhandene Branchen- bzw. Größenklassenkonzentrationen wurden reduziert.

Wesentliche Abschreibungen auf Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen mussten im Berichtsjahr nicht vorgenommen werden.

Die Kurswertrisiken sind durch Änderungen in der Risikomessung gestiegen. Dies gilt insbesondere für die Spreadrisiken.

Das Zinsänderungsrisiko ist sowohl in der periodischen als auch in der barwertigen Sichtweise nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

Das Liquiditätsrisiko fällt weiterhin gering aus. Die Liquiditätskennzahl ist gegenüber dem Vorjahr gesunken, liegt aber weiterhin deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestgröße von 1,0. Auch die LCR-Quote, die nach einer Beobachtungsphase ab 01.10.2015 eingehalten muss, lag über dem geforderten Mindestwert von 0,6. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war, wie in der Vergangenheit, zu jedem Zeitpunkt gegeben. Aus dem Refinanzierungsrisiko ergibt sich für die Sparkasse keine zusätzliche Belastung für die Risikotragfähigkeit.

Im Bereich der operationellen Risiken können die Auswirkungen von geänderten Rahmenbedingungen, z. B. die zunehmende Bedeutung von elektronischen Bankgeschäften sowie Änderungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung, aktuell nicht eingeschätzt werden. In 2015 ist kein wesentlicher Schadensfall eingetreten. Das Volumen der Bruttoschäden ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Es liegt damit weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Das Gesamtbanklimit sowie die Teillimite wurden im Jahr 2015 stets eingehalten. Die Auslastung des Gesamtlimits lag zum Jahresende bei 62,0 % und somit 3,7 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 65,7 %.

Das Konzept der Risikotragfähigkeit, das Ermittlungsschema für das Risikodeckungspotenzial sowie die Leitplanken zur Festlegung des Gesamtbanklimits und der Teillimite erwiesen sich als funktionsfähig. Die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnungen liefern die notwendigen Impulse, um das Risiko auf Gesamtbankebene steuern zu können.

Durch die regelmäßigen Stresstestszenarien wird die Betrachtung im Risikofall um eine Worst Case Betrachtung sinnvoll ergänzt.

Insgesamt sind die Risikomanagement- und -controllingprozesse der Stadt-Sparkasse Langenfeld angemessen. Die Verfahren der Risikoidentifikation, -messung, -steuerung und -überwachung sind für die einzelnen Risikokategorien definiert und werden fortlaufend überprüft bzw. weiterentwickelt.

Bekannte Risiken sind ausreichend abgeschirmt und tragbar. Wir erwarten für 2016 keine wesentlichen Veränderungen.

5 Prognosebericht

Die Prognosen zur Entwicklung der Sparkasse im Jahr 2016 stellen Einschätzungen dar, die die Sparkasse auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen hat. Durch die Veränderungen der zu Grunde liegenden Annahmen können sich die Prognosen als unzutreffend erweisen und die tatsächlichen Ergebnisse können insoweit von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Abgabe einer fundierten Prognose wird durch die nach wie vor herrschende finanzwirtschaftliche Sondersituation mit weiterhin volatilen Märkten immer noch erschwert.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute ist nach wie vor durch den intensiven Wettbewerb, immer anspruchsvollere Kunden, die mit steigendem Tempo fortschreitende technologische Entwicklung und die permanent wachsenden regulatorischen Anforderungen geprägt. Wir gehen davon aus, dass sich unsere Zinsmarge 2016 nochmals spürbar gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2015 reduziert.

Seit 2015 gilt der neue gesetzliche Mindeststandard für die Liquiditätsanforderungen aus dem Basel III-Regelwerk. Die nun zwingend einzuhaltenden Liquiditätsanforderungen werden voraussichtlich in den kommenden Jahren keine Einleitung von Steuerungsmaßnahmen erfordern. Die neuen gesetzlichen Eigenkapitalanforderungen wird die Sparkasse erfüllen.

Nach dem Rückgang der Bilanzsumme in den Geschäftsjahren 2014 und 2015 wird auch das Jahr 2016 für die Stadt-Sparkasse Langenfeld wieder im Zeichen der Konsolidierung auf hohem Niveau stehen. Bei erneut leicht zurückgehenden Beständen im Aktiv- und Passivbereich stehen weiterhin die Begrenzung der Risiken und die Kostenkontrolle im Vordergrund.

Im Firmen- und Gewerbekundenkreditgeschäft konzentrieren wir uns auf den Ausbau der bestehenden Kundenbeziehungen und die Akquisition neuer Geschäftsverbindungen. Wir gehen auch für das Jahr 2016 nicht davon aus, dass die Investitionsneigung in der lokalen Wirtschaft deutlich zunehmen wird, sodass wir auch nicht von einer nachhaltigen Ausweitung unserer Ausleihungen an Unternehmenskunden ausgehen. Wachstumsimpulse versprechen wir uns – trotz der regulatorischen Belastungen durch die Wohnimmobilienkreditrichtlinie – auch 2016 primär vom privaten Baufinanzierungsgeschäft, in dem wir uns weiterhin mit besonders attraktiven Zinssätzen dem intensiven Konditionenwettbewerb stellen werden.

Die von uns in den Vorjahren gesehenen Risiken für die Bewertungsergebnisse Kreditgeschäft und Wertpapiergeschäft im Falle eines erheblich steigenden Zinsniveaus bestehen fort. Bei einem unverändert niedrigen Zinsniveau sehen wir hier hingegen gegenüber unserer Planung erneut moderate Chancen.

Die Einlagenseite wird angesichts des nachhaltig niedrigen Zinsniveaus nach wie vor von einer hohen Liquiditätsneigung der Kunden geprägt sein. Deshalb erwarten wir, dass die Tendenz zu kürzerfristigen Anlagen auch 2016 weiter anhalten wird.

Aufgrund geplanter preispolitischer Maßnahmen sowie wegen unseres starken Vertriebes, unserer umfassenden Dienstleistungen und Produkte sowie unserer guten Beratungsqualität gehen wir davon aus, dass wir den Ergebnisbeitrag aus dem Provisionsgeschäft 2016 wieder auf das Niveau von 2014 steigern können. Hierzu soll auch die Nutzung des breiteren Leistungsportfolios unseres neuen Dienstleistungspartners im Auslandsgeschäft, der S-International Rhein-Ruhr GmbH, beitragen.

Bei den Personalaufwendungen gehen wir davon aus, dass es uns 2016 gelingen wird, die tariflichen Erhöhungen durch personalpolitische Maßnahmen teilweise zu kompensieren. Die Sachaufwendungen bleiben wie bisher von den Kosten für ausgelagerte Dienstleistungen geprägt. Die 2016 geplante Zunahme der Sachkosten steht im Zusammenhang mit den Anpassungsmaßnahmen im Vertriebsstellenetz.

Mit einer Zinserhöhung durch die EZB rechnen wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2016. Bei gleichbleibendem oder sogar weiter sinkendem Zinsniveau liegt der wesentliche Belastungsfaktor für die Zinsspanne nach wie vor im unterschiedlichen Anpassungspotenzial auf der Aktiv- und Passivseite.

Wegen der stabilen Wirtschaftslage bei den von uns betreuten kleinen und mittleren Unternehmen gehen wir davon aus, dass Risikovorsorge nur in einer vergleichbaren Größenordnung erforderlich sein wird wie im Vorjahr. Darüber hinaus kann aus den Verbundbeteiligungen weiterer Risikovorsorgebedarf entstehen.

Zusammengefasst erwarten wir für 2016 durch leicht zurückgehende Bestände im Kundenkredit- und Einlagengeschäft eine Fortsetzung der Konsolidierung von Bilanzsumme und Geschäftsvolumen.

Für die Ertragslage erwarten wir aufgrund eines spürbar sinkenden Zinsüberschusses einerseits und eines merklich steigenden Provisionsüberschusses andererseits sowie wegen eines moderat steigenden Personal- und Sachaufwands ein Betriebsergebnis vor Bewertung, das spürbar unter dem Vorjahreswert liegen wird. Es bleibt damit jedoch auf einem – im Vergleich mit anderen Sparkassen – befriedigenden, überdurchschnittlichen Niveau.

Aus den Prognoserechnungen der Sparkasse geht hervor, dass sich das Betriebsergebnis vor Bewertung bei fortdauerndem Niedrigzinsniveau in den nächsten fünf Jahren deutlich rückläufig entwickeln wird. Die Sparkasse hat deshalb verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um der fortlaufenden Erodierung des Betriebsergebnisses durch stringentes Personal- und Sachkostenmanagement (u. a. Veränderungen im Vertriebsstellennetz) sowie durch die Nutzung preispolitischer Spielräume entgegenzuwirken.

Für die Risiken – insbesondere im Kreditgeschäft – treffen wir eine vergleichbare Vorsorge wie im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Mit dem Festhalten an unserer geschäftspolitischen Strategie,
- der Konzentration auf das Geschäftsgebiet Langenfeld,
- der konsequenten Kundenorientierung,
- der Fortführung des bewährten Geschäftsmodells und der damit verbundenen Selbständigkeit,
werden wir unseren Auftrag zum Wohle unserer Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger und der heimischen Wirtschaft auch weiterhin voll erfüllen.

Langenfeld, den 30. März 2016

Der Vorstand

Dirk Abel

Stefan Noack

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015

der Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf



Der vollständige, der gesetzlichen Form entsprechende und mit dem Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes versehene Jahresabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und im Handelsregister beim Amtsgericht Düsseldorf hinterlegt.

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

	Euro	Euro	Euro	31.12.2014 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		<u>7.218.281,69</u>		<u>7.559</u>
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>9.133.809,12</u>		<u>6.471</u>
			<u>16.352.090,81</u>	<u>14.031</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		<u>17.753.740,17</u>		<u>19.183</u>
b) andere Forderungen		<u>13.321.548,07</u>		<u>2.992</u>
			<u>31.075.288,24</u>	<u>22.175</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>1.060.299.043,38</u>	<u>1.045.488</u>
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>626.784.008,73 Euro</u>			<u>(608.011)</u>
Kommunalkredite	<u>10.630.001,77 Euro</u>			<u>(22.055)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>33.507.286,94</u>		<u>30.845</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>22.381.189,29 Euro</u>			<u>(19.718)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>101.568.048,48</u>		<u>122.563</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>100.466.228,21 Euro</u>	<u>135.075.335,42</u>		<u>153.408</u>
				<u>(120.385)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
Nennbetrag	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
			<u>135.075.335,42</u>	<u>153.408</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>39.838.761,28</u>	<u>66.139</u>
6a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-</u>
7. Beteiligungen			<u>19.163.296,15</u>	<u>19.251</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
9. Treuhandvermögen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>-,- Euro</u>			<u>(-)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			<u>-,-</u>	<u>-</u>
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>33.137,00</u>		<u>50</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>-,-</u>		<u>-</u>
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>33.137,00</u>	<u>50</u>
12. Sachanlagen			<u>22.522.134,05</u>	<u>12.744</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>1.410.027,59</u>	<u>3.394</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>2.293.164,66</u>	<u>914</u>
15. Aktive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-</u>
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			<u>-,-</u>	<u>-</u>
Summe der Aktiva			<u>1.328.062.278,58</u>	<u>1.337.593</u>

Passivseite

31.12.2014

Tsd. EUR

	Euro	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.073.757,56		1.268
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>259.337.024,99</u>		<u>314.156</u>
			260.410.782,55	<u>315.424</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	266.711.630,03			240.580
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>75.543.370,69</u>			<u>96.911</u>
		342.255.000,72		337.491
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	370.160.528,89			312.390
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>196.109.724,34</u>			<u>215.635</u>
		566.270.253,23	908.525.253,95	<u>528.025</u>
				<u>865.515</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		376.327,94		849
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			376.327,94	849
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			-,-	-
darunter:				
Treuhandkredite	-,- Euro			(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			928.552,08	1.279
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.089.711,36	1.099
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.011.731,00		8.885
b) Steuerrückstellungen		<u>276.720,00</u>		<u>914</u>
c) andere Rückstellungen		<u>3.743.811,74</u>		<u>4.408</u>
			14.032.262,74	<u>14.207</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			4.366.651,74	13.020
10. Genussschaftskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			55.383.026,47	46.726
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	79.475.487,85			76.147
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		79.475.487,85		76.147
d) Bilanzgewinn		<u>3.474.221,90</u>	82.949.709,75	<u>3.328</u>
				<u>79.475</u>

Summe der Passiva

1.328.062.278,58

1.337.593

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	<u>28.078.109,19</u>		<u>36.286</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>-,-</u>		<u>-</u>
		28.078.109,19	36.286

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>105.947.455,72</u>		<u>82.688</u>
		105.947.455,72	82.688

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2014 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>41.132.851,47</u>			<u>42.851</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>9.901,20</u> Euro			<u>(14)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>2.780.196,37</u>			<u>3.676</u>
		<u>43.913.047,84</u>		<u>46.526</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>17.397.261,38</u>		<u>22.606</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>1.431.583,05</u> Euro			<u>(816)</u>
			<u>26.515.786,46</u>	<u>23.920</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>1.324.061,12</u>		<u>2.068</u>
b) Beteiligungen		<u>2.211.665,59</u>		<u>327</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>3.535.726,71</u>	<u>2.395</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>8.120.514,12</u>		<u>8.793</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>258.307,53</u>		<u>245</u>
			<u>7.862.206,59</u>	<u>8.547</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			<u>-,-</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>858.544,93</u>	<u>515</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>36.691,59</u> Euro			<u>(42)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>38.772.264,69</u>	<u>35.378</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>9.910.324,76</u>			<u>9.729</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.802.685,76</u>			<u>2.883</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>1.076.665,43</u> Euro		<u>12.713.010,52</u>	<u>12.612</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>6.138.249,05</u>		<u>(1.137)</u>
			<u>18.851.259,57</u>	<u>6.103</u>
				<u>18.715</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>864.784,91</u>	<u>904</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>1.267.825,45</u>	<u>978</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>4.180,07</u> Euro			<u>(14)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>1.585.581,80</u>		<u>4.063</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>1.585.581,80</u>	<u>4.063</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>-,-</u>		<u>-</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>469.161,86</u>		<u>-</u>
			<u>469.161,86</u>	<u>-</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>14.955,26</u>	<u>22</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>8.656.820,87</u>	<u>3.646</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>8.000.198,69</u>	<u>7.049</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>-,-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>96.198,00</u>		<u>96</u>
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	<u>96.198,00</u> Euro			<u>(96)</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>96.198,00</u>	<u>96</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>4.388.823,53</u>		<u>3.581</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>40.955,26</u>		<u>44</u>
			<u>4.429.778,79</u>	<u>3.625</u>
25. Jahresüberschuss			<u>3.474.221,90</u>	<u>3.328</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.474.221,90</u>	<u>3.328</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.474.221,90</u>	<u>3.328</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>3.474.221,90</u>	<u>3.328</u>

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2015 wie folgt geändert:

Die Bewertung der Rückstellungen für Passivprodukte, z. B. aufgrund von während der Vertragslaufzeit steigenden Prämienansprüchen bei Ratensparverträgen, erfolgte im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 erstmals auf Basis einer effektivzinskonstanten Verteilung der Aufwendungen. Durch diese Änderung der Bewertungsmethode wird ein verbesserter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse gegeben. Im Vergleich zu der bisherigen Bewertungsmethode haben sich die Rückstellungen um 65,1 TEUR erhöht. Der Zinsüberschuss hat sich in entsprechendem Umfang vermindert.

Bei der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen haben wir keine Änderungen vorgenommen.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Strukturierte Schuldscheindarlehen haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir grundsätzlich als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Bei einem gekündigten Publikumsfonds, für den die Rücknahme von Anteilen durch die Fondsgesellschaft dauerhaft ausgeschlossen ist, haben wir den aktuellen Börsenkurs als beizulegenden (Zeit-)Wert angesetzt. Sofern darüber hinaus an eine Mindesthaltefrist gekoppelte Rücknahmeabschlüsse für Anteile an offenen Immobilienfonds vereinbart wurden, haben wir diese bei Investmentfonds der Liquiditätsreserve bei der Wertermittlung berücksichtigt.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve zugeordnet. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen werden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Sätzen ab.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 EUR werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 EUR bis 1.000 EUR wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005g berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0 % und Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Abs. 1 EGHGB) haben wir Gebrauch gemacht. Im Jahr 2015 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 0,1 Mio. EUR zuge-

führt, der in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ enthalten ist. Der in Folgejahren noch zuzuführende Betrag beläuft sich auf 0,9 Mio. EUR. Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen, einer Rückstellung für Aufwendungsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGV ö. K. aus der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft LBBH und aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Zinszahlungen für Sparverträge mit steigendem Zinssatz sowie Prämienzahlungen für Ratensparverträge. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs bzw. in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, noch Bestandteil des Handelsbestands sind, halten wir nicht.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bzw. als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (i. d. R. Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

6. Ausweis anteiliger Zinsen

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

7. Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EUR

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um lfd. Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

8. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Negative Zinsen aus Geldanlagegeschäften wurden im Zinsertrag, und positive Zinsen aus Geldaufnahmen wurden im Zinsaufwand ausgewiesen. Entsprechende Zinsabgrenzungen waren im Jahresabschluss 2015 nicht vorzunehmen. Der Zinsaufwand aus Geldanlagegeschäften betrug im Berichtsjahr 86,74 EUR. Der Zinsertrag aus Geldaufnahmegeschäften betrug im Berichtsjahr 1.368,73 EUR.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva 3

Forderungen an Kreditinstitute

	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
- Forderungen an die eigene Girozentrale	20.648.390,17
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	
- bis drei Monate	0,00
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.000.000,00
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00
- mehr als fünf Jahre	10.000.000,00

Aktiva 4

Forderungen an Kunden

	EUR	EUR i. Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.907.136,34	17.555.721,58
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		EUR
- bis drei Monate		33.208.654,38
- mehr als drei Monate bis ein Jahr		59.501.891,65
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		211.047.233,83
- mehr als fünf Jahre		666.170.262,89
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit		89.608.931,75

Aktiva 5

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
- Beträge, die bis zum 31.12.2016 fällig werden	18.099.420,00

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:	EUR
- börsennotiert	135.075.335,42
- nicht börsennotiert	0,00

Aktiva 6 **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR
Investmentanteile von einem Spezialfonds mit einem Buchwert von	25.739.455,88

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an einem Sondervermögen im Sinne des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), das nachfolgend nach dem Anlageziel gegliedert dargestellt ist:

	Buchwert Mio. EUR	Marktwert Mio. EUR	Differenz Buchwert Marktwert Mio. EUR	Aus- schüttung Mio. EUR 2015	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschrei- bungen Mio. EUR
Mischfonds mit Schwerpunkt Renten International	25,7	28,4	2,7	0,0	ja	0,0

Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Ausschüttungen aus dem Investmentvermögen erfolgen grundsätzlich nach Ablauf der Fondsgeschäftsjahre, die nicht mit dem Kalenderjahr identisch sind.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind	EUR
- börsennotiert:	0,00
- nicht börsennotiert:	9.099.305,40

Aktiva 7 **Beteiligungen**

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

Aktiva 12 **Sachanlagen**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	10.238.459,10

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude EUR	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung EUR	Immaterielle Anlagewerte EUR
Anschaffungskosten	24.997.781,43	6.486.401,88	213.950,32
Zugänge	10.681.095,87	230.353,99	4.510,10
Abgänge	458.984,16	115.453,95	0,00
Umbuchungen	-,-	-,-	-,-
Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	14.194.127,09	5.104.933,92	185.323,42
Bilanzwert 31.12.2015	21.025.766,05	1.496.368,00	33.137,00
(Vorjahr)	(11.065.310,00)	(1.678.509,00)	(49.698,00)
Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres	466.070,82	377.642,99	21.071,10
(Vorjahr)	(465.403,16)	(411.192,58)	(27.672,76)

Finanzanlagevermögen	Beteiligungen EUR	Sonstige Vermögens- gegenstände EUR
Bilanzwert 31.12.2014	19.251.446,07	3.070,00
Veränderungen im Geschäftsjahr	-88.149,92	-,-
Bilanzwert 31.12.2015	19.163.296,15	3.070,00

Aktiva 13**Sonstige Vermögensgegenstände**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR
- zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude	830.416,04

Aktiva 14**Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR	EUR i. Vj.
- Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- betrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	1.645.140,47	-,-
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	415.845,89	650.916,63

Aktiva 15**Aktive latente Steuern**

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Gewerbesteuersatz von 12,6 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Kundenforderungen und Rückstellungen. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne, halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Weitere Angaben

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 643.394,64 EUR.

Passiva 1**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	2.394,68
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	
- bis drei Monate	21.518.512,12
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	14.794.526,55
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	105.712.873,37
- mehr als fünf Jahre	114.601.470,50
Für folgende Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:	
- Weiterleitungsmittel	74.524.564,09

Passiva 2**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

EUR	EUR i. Vj.
997.040,98	695.646,60

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	EUR
- bis drei Monate	20.073.947,50
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	45.106.975,50
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.093.568,06
- mehr als fünf Jahre	100.489,79

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	EUR
- bis drei Monate	80.881.817,71
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	14.826.532,66
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	61.148.709,83
- mehr als fünf Jahre	37.200.397,58

Passiva 3

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2016 fällige Beträge enthalten:

EUR
376.015,44

Passiva 6

Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 699.374,94 EUR (i. Vj. 480.736,33 EUR) enthalten.

Passiva 9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag (EUR)	Zinssatz (%)	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
3.000.000,00	4,60	16.01.2017	Nein

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,95% und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 1.106.500,00 EUR zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 400.385,45 EUR angefallen.

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Weitere Angaben

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 400.195,90 EUR.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. EUR als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,8618 %). Zum 31.12.2015 beträgt unsere Beteiligungsquote 0,9116 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 4,5 Mio. EUR durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 0,7 Mio. EUR. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Des Weiteren besteht für die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine Zahlungsverpflichtung zur Zielausstattung des institutsbezogenen Sicherungssystems (Sparkassenstützungsfonds). Die Zielausstattung beträgt gemäß § 17 (2) EinSiG 0,8% der gedeckten Einlagen der Mitgliedsinstitute. Die erforderlichen Ansparbeiträge der Stadt-Sparkasse Langenfeld betragen zum Bilanzstichtag 1.475 TEUR.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2016 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Zt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht. Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 9,4 Mio. EUR im Jahr 2015 0,7 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2015 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 15,6 Mio. EUR ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK etwa 31 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2015 verwendet.

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	318.523,05 EUR
b) für andere Bestätigungsleistungen	32.263,50 EUR
c) für sonstige Leistungen	-, EUR
Gesamthonorar	350.786,55 EUR

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-langenfeld.de) unter der Rubrik „Ihre Sparkasse“ veröffentlicht.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Über die Leistungszulage beschließt der Verwaltungsrat jährlich nach Feststellung des Jahresabschlusses unter Beachtung des Unternehmenszwecks und des öffentlichen Auftrags (§ 2 SpkG NRW). Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2015			
	Grundgehalt und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) TEUR	Leistungszulage (erfolgsabhängig) TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamtvergütung TEUR
Abel, Dirk Vorsitzender	341,1	43,6	12,9	397,6
Noack, Stefan Mitglied	258,4	33,0	8,7	300,1

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG für jeden Kalendermonat mit einem Prozent des inländischen Listenpreises im Zeitpunkt der Erstzulassung zuzüglich der Kosten der Sonderausstattung einschl. der Umsatzsteuer (sog. 1 %-Methode) angesetzt.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Abel Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes. Der Anspruch beträgt bis zum 31.07.2019 45,0 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Noack Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes. Der Anspruch beträgt bis zum 29.02.2020 40,0 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge. Der Anspruch steigt danach im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an.

Hinsichtlich des Übergangsgeldes und der Versorgungsbezüge besteht folgende Regelung für Hinterbliebenenbezüge: Die Witwen erhalten 55 v. H., die Waisen 20 v. H. der ruhegeldfähigen Bezüge der Vorstandsmitglieder.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Vorstand	Im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2015 TEUR
Abel, Dirk Vorsitzender	421,1	1.752,6
Noack, Stefan Mitglied	250,7	997,9

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 150,00 EUR, ggf. zuzüglich Mehrwertsteuer, je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	EUR
Aßmann, Dr. Barbara	150,00
Braschoss, Dieter	1.428,00
Brüne, Jürgen	900,00
Büttgenbach, Hans-Peter	150,00
Erf, Ralf	300,00
Herweg, Dr. Günter	178,50
Hockelmann, Thomas	600,00
Jaegeler, Kurt	750,00
Koesling, Tim	150,00
Konrad, Helmut	450,00
Mark, Wolfgang	900,00
Markett, Hiltrud	178,50
Mewes, Rolf	300,00
Meybom, Andrea	900,00
Noack, Frank	750,00
Reuker, Uwe	450,00
Schneider, Frank	3.300,00
Schulten, Andreas	150,00
Steinfels, Sascha	1.350,00
Willems, Norbert	300,00
Witzleb, Lothar	150,00
Wolter, Daniel	750,00
Zwank-Mielke, Barbara	892,50
Insgesamt	15.427,50

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 530.206,64 EUR gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.186.665,00 EUR und noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem BilMoG in Höhe von 614.970,00 EUR, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt werden.

An Krediten (einschließlich Haftungsverhältnissen) wurden den Mitgliedern des Vorstands insgesamt 1.902.613,12 EUR gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnissen) in Höhe von insgesamt 886.843,12 EUR ausgereicht.

Verwaltungsrat

Frank Schneider, Bürgermeister

Jürgen Brüne, Polizeibeamter

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

Vorsitzender

1. stellvertretender Vorsitzender

2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder

Dieter Braschoss, selbst. Buchhalter

Jürgen Brüne, Polizeibeamter

Kurt Jaegeler, Rentner

Helmut Konrad, Oberstudienrat
(bis 15.07.2015)

Dr. Günter Herweg, selbst. Datenschutzbeauftragter
(ab 29.09.2015)

Wolfgang Mark, angest. Dipl.-Verwaltungswirt

Andrea Meybom, kaufm. Angestellte

Frank Noack, angest. Controller

Uwe Reuker, angest. Lektor
(bis 28.09.2015)

Gerold Wenzens, angest. Dipl.-Ökonom
(ab 29.09.2015)

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

Barbara Zwank-Mielke, selbst. Buchhalterin

Thomas Hockelmann, Sparkassenangestellter
(bis 31.12.2015)

Detlef Steiner, Sparkassenangestellter
(ab 01.01.2016, vorher Stellvertreter)

Daniel Wolter, Sparkassenangestellter

Stellvertreter

Tim Koesling, Steuerfachangestellter

Dr. Barbara Aßmann, angest. Dipl.-Chemikerin

Heike Lützenkirchen, angest. Krankenschwester

Norbert Willems, selbst. Berufsbetreuer

Ralf Erf, angest. Systemspezialist

Hans-Georg Jansen, Rentner

Hans-Peter Büttgenbach, Rentner

Rolf Mewes, Rentner

Lothar Witzleb, Rentner

Hiltrud Markett, selbst. Buchhändlerin

Andreas Schulten, Sparkassenangestellter
(bis 31.12.2015)

Florian Baumhove, Sparkassenangestellter
(ab 01.01.2016)

Thomas Dronski, Sparkassenangestellter
(ab 01.01.2016)

Vorstand

Dirk Abel, Vorsitzender
Stefan Noack, Mitglied

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	133
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>81</u>
	214
Auszubildende	<u>14</u>
Insgesamt:	<u>228</u>

Langenfeld, den 30. März 2016

Der Vorstand

Dirk Abel

Stefan Noack

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2015 („länderspezifische Berichterstattung“)

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestandes und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt 74.083 TEUR für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember 2015.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt zum Jahresende:

Vollzeitkräfte	130
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>45</u>
	175
Auszubildende	<u>15</u>
Insgesamt	<u>190</u>

Der Gewinn vor Steuern beträgt 7.904 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 4.389 TEUR ergibt sich ein Nettogewinn von 3.474 TEUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Langenfeld für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung – und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 12. Mai 2016

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze

Sager

Wirtschaftsprüfer

Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat nahm während des Berichtsjahres die ihm nach Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahr. Er wurde in den Sitzungen vom Vorstand umfassend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und alle wesentlichen Angelegenheiten der Sparkasse unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss 2015 und den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sie testiert damit, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Sparkasse gibt und die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Der Bilanzprüfungsausschuss hat über Detailfragen zur Geschäfts-, Risiko- und Vermögenslage am 23. Juni 2016 beraten und dem Verwaltungsrat empfohlen, die nach Sparkassengesetz NW notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Gemäß § 15 (2) d) SpkG NW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2015 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2015 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.474.221,90 EUR erfolgt nach § 25 SpkG NW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 (4) Satz 2 SpkG NW der Vertretung des Trägers im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie im Hinblick auf die Erfüllung des öffentlichen Auftrages der Sparkasse vor, den Jahresüberschuss in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse für die im Jahre 2015 geleistete erfolgreiche Arbeit.

Langenfeld, den 23. Juni 2016

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Schneider
Bürgermeister